



WIR FÜR
BREMERHAVEN

Two hand-drawn black arrows originate from the text. One arrow points from the text towards the SPD logo, and the other points from the text downwards towards the title.

Wahlprogramm
für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung
am 26. Mai 2019

SPD Bremerhaven

www.spd-bremerhaven.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	3
Wir lassen kein Kind zurück – gute Bildung für alle.....	4
Betreuung und Elementarerziehung in den Kindertagesstätten (Kitas) ist die gesellschaftliche Herausforderung der kommenden Jahre.....	6
Wir wollen die Gleichstellung der Geschlechter weiter vorantreiben und Frauen stärken	8
Wir werden Teilhabechancen durch berufliche Bildung sichern und verbessern	10
Wir wollen gute Arbeit in die Breite bringen – Arbeit und Wirtschaft als Basis für eine wachsende Stadt.....	11
Wir wollen Perspektiven für Familien und junge Menschen entwickeln – Kinder und Jugendliche brauchen Qualität und Räume.....	18
Wir wollen Barrieren abbauen und Teilhabe im Alltag praktisch umsetzen.....	21
Wir wollen unsere Stadt weiterentwickeln – Bauen, Bewahren und Beteiligung als Dreiklang	22
Wir wollen den Umwelt- und Klimaschutz nachhaltig verbessern.....	28
Tierschutz geht uns alle an.....	30
Für ein starkes Miteinander – Bremerhaven geht nur demokratisch.....	31
Wir wollen Sicherheit für alle – Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste gut ausstatten.....	32
Wir wollen weiterhin einen leistungsfähigen öffentlichen Sektor.....	35
Wir wollen unsere Stadtverwaltung noch moderner, leistungsfähiger und bürgerfreundlicher aufstellen	35
Wir wollen Bremerhaven als Wissenschaftsstadt weiterentwickeln – Institutsstandorte und wachsende Hochschule.....	37
Wir wollen den öffentlichen (Schienen-)Personennahverkehr sichern, ausbauen und attraktivieren – Mit günstigeren Tarifen mehr ökologische Mobilität	38
Wir wollen ein vielfältiges Angebot in Kultur, Gesundheit, Umwelt und Freizeit nachhaltig sichern – Bremerhaven als lebens- und lebenswerte Großstadt	39
Wir bleiben weltoffen und fördern das Miteinander – Migration und Integration erfordern Offenheit bei allen Beteiligten.....	41
Wir wollen einen starken Sport – Schul-, Breiten- und Spitzensport ergänzen sich.....	42
Bürgerbeteiligung.....	43
Gesunde Menschen in allen Stadtteilen	43

Vorwort

Unser Bremerhaven steht auch weiterhin vor großen Herausforderungen: Wir müssen weitere gute Arbeitsplätze schaffen und die Bildungschancen für alle verbessern – das sind zwei sehr wichtige von vielen entscheidenden Herausforderungen. Wir als Sozialdemokrat*innen stehen dafür in besonderer Verantwortung: Uns haben die Menschen bisher immer vertraut, uns wird am ehesten zugetraut, zu wissen, was gut ist für Bremerhaven und dies mit Kraft umzusetzen. Aber dieses Vertrauen, die politische Gestaltungsmehrheit ist kein Erbhof, der uns tatenlos zufällt. Wir Sozialdemokrat*innen werden nicht für das Erreichte beauftragt, sondern für das Zukünftige verantwortlich. Um dieses neue Vertrauen bewerben wir uns mit diesem Programm.

Wir Sozialdemokrat*innen stehen für soziale Gerechtigkeit. Sie ist allgegenwärtig gefordert und muss immer wieder neu gefunden und erkämpft werden. Was aber bleibt: Nur Starke können sich einen schwachen Staat leisten. Wir wissen, dass gute Schulen, gute Straßen, Sicherheit und alle anderen wichtigen Strukturen der Stadt einen starken Staat brauchen. Ein starker Staat sichert Chancengleichheit und Sicherheit, ohne die Freiheit des Einzelnen zu stark einzuschränken.

Wir wollen, dass alle Menschen in Bremerhaven gut leben. Das fordert uns in vielen verschiedenen Aufgaben- und Lebensbereichen heraus, im Wandel der Zeit neue Antworten zu geben. Wir Sozialdemokrat*innen stehen für gute Arbeit, für gute Bildung und Ausbildung, für Sicherheit im Alltag, für gutes und sicheres Wohnen, für ein gutes und vielfältiges Freizeit-, Naherholungs- und Unterhaltungsangebot und einen attraktiven öffentlichen Personennahverkehr. Dieses Wahlprogramm beinhaltet Themen und Vorschläge, die bei Foren, Parteitag, Bürgerdiskussionen und Expertenrunden identifiziert und bearbeitet wurden.

Bremerhaven geht nur weltoffen. Als Hafenstadt ist unsere Stadt traditionell international und von Vielfalt geprägt. Menschen aus mehr als 160 Nationen fühlen sich in Bremerhaven zuhause. Wir Sozialdemokrat*innen wollen, dass das so bleibt und dass es dort, wo es hakt, besser wird. Ein gutes Zusammenleben in der Stadtgesellschaft kommt nicht von allein: Es braucht den gegenseitigen Respekt, Verständnis für das Gegenüber und die gemeinsame Bereitschaft, sich für unsere friedliche Gemeinschaft solidarisch stark zu machen. Unterm Strich profitieren wir alle, weil ein buntes Bremerhaven immer lebens- und liebenswerter ist als jede braune Phantasie.

Am 26. Mai 2019 stimmen wir über die Zukunft ab:

- Wir wählen die Stadtverordnetenversammlung, das Stadtparlament Bremerhavens.
- Wir entscheiden, wie sich unser Landtag, die Bremische Bürgerschaft, zusammensetzt.
- Und wir legen fest, welche Kräfte im Europäischen Parlament an Einfluss gewinnen oder verlieren.

Drei Wahlen mit ganz unterschiedlichen Programmen, Personen und Wünschen – aber mit einem Ziel: Bremerhaven, das Land Bremen und Europa brauchen starke, demokratisch geprägte Parlamente, um für die Zukunft Antworten zu geben. Dabei gehört es dazu, dass mit wachsenden Herausforderungen auch die Antworten komplizierter werden. Bei allem Verständnis für den Wunsch nach Vereinfachung muss klar sein und bleiben: Die Zukunft liegt im Weiter, nicht im Zurück. Wir Sozialdemokrat*innen kämpfen dafür, dass der Fortschritt menschlich bleibt und die soziale Gerechtigkeit nicht unter die Räder kommt.

Wir lassen kein Kind zurück – gute Bildung für alle

In einer humanen Gesellschaft erfährt jeder Mensch mit seinen individuellen Eigenschaften, Interessen und Bedürfnissen Anerkennung und Wertschätzung und erhält die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe.

Die Voraussetzung für eine solche Gesellschaft und ein friedliches und soziales Miteinander ist eine inklusive Bildung. Sie rückt die unterschiedlichen Bedürfnisse aller Lernenden in den Mittelpunkt und begreift Vielfalt als Chance für Lern- und Bildungsprozesse. Bildung ist ein Grundrecht und die Grundlage für ein selbstbestimmtes und gutes Leben. Wir wollen, dass Bremerhaven allen Schüler*innen bestmögliche Rahmenbedingungen bietet, damit alle ihre Fähigkeiten und Möglichkeiten optimal ausnutzen können.

Bildung ist für uns der Schlüssel zu einem aktiven und selbstbestimmten Leben, zu Teilhabe an der Gesellschaft, zu guter Arbeit und nicht zuletzt zur Bekämpfung von Armut. Bildungschancen und Schulerfolg dürfen nicht von der familiären Situation, der Herkunft oder dem sozialen Umfeld abhängen. Bereits in den ersten Lebensjahren werden die Weichen für den späteren schulischen Erfolg eines Kindes gestellt. Deshalb gehört für uns Sozialdemokrat*innen die Umsetzung von Bildungsgerechtigkeit durch frühkindliche Bildung ebenso dazu, wie Ganztagschulen und die Umsetzung der Inklusion an den Schulen.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Bremerhavener Grundschulen bis zum Jahr 2025 in Ganztagschulen umgewandelt werden. Die derzeit geplanten Schulneubauten in Geestemünde (Allmersschule/Oberschule Geestemünde) und Lehe (Neue Grundschule Lehe, Neue Oberschule Lehe) sollen als Ganztagschulen in gebundener Form geführt werden. Die neu geschaffenen Schulen sollen sich mit den bestehenden Schulstandorten bestmöglich vernetzen, um Übergänge besser zu gestalten und um bestehende Strukturen zu nutzen und zu verbessern.

Schule von heute und morgen ist mehr als nur Unterricht, der durch Lehrkräfte erteilt wird. Auch Erzieher*innen, Sozialpädagog*innen, Lehrmeister*innen und anderes nicht unterrichtendes Personal sorgen dafür, dass Kinder und Jugendliche ihren Fähigkeiten entsprechend betreut und gefördert werden. Sie alle verbessern damit die Professionalität und Qualität unserer Schulen. Wir wollen mehr Personal für eine verlässliche Unterrichtsversorgung und das individuelle Lernen. Angesichts des bundesweiten Lehrkräftemangels müssen wir auf der Ebene der Stadt und des Landes unsere Strategien zur Gewinnung und Bindung des Personals weiter verstärken. Hierzu gehören sowohl eine angemessene Besoldung und damit die Anhebung der Gehälter auch für Lehrkräfte an Grund- und Oberschulen auf A13, als auch eine Anpassung ihrer Unterrichtsverpflichtung an die Standards anderer Bundesländer. Kurzfristig müssen wir passgenaue Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Quereinsteiger*innen im Schuldienst entwickeln und bereits bestehende Maßnahmen ausbauen. Der Kooperation mit den für die Lehrkräfteausbildung verantwortlichen Universitäten in der Region kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

Wir wollen prüfen, inwieweit für das Referendariat an Bremerhavener Schulen eigene Zugänge geschaffen werden können, um insbesondere Lehramtsanwärter*innen aus der Region eine verlässliche Perspektive bieten zu können, und wir werden das Stipendium für Lehramtsstudierende fortsetzen bzw. ausweiten. Im Bereich des nicht unterrichtenden Personals setzen wir uns – vergleichbar zur Zuweisungsrichtlinie für Lehrkräfte – für landeseinheitliche Standards ein.

Bremerhaven hat sich bundesweit sehr intensiv mit den Herausforderungen und der Realisierung von Inklusion beschäftigt. Dieses Erfahrungswissen muss gesammelt, ausgewertet und für den weiteren Schulentwicklungsprozess genutzt werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Referendar*innen, die ihr Referendariat in Bremerhaven an zertifizierten Schulen durchgeführt haben, eine Zusatzqualifikation für Inklusion erwerben können. Damit sichern wir die Qualität für das individuelle Lernen und bieten Anreize, an Bremerhavener Schulen zu arbeiten.

Seit dem Schuljahr 2011/12 bauen wir in Bremerhaven inklusive Oberschulen auf. Zwei Jahrgänge haben inzwischen ihren Abschluss gemacht. In Wirtschaftsunternehmen gilt, dass es etwa 30 Jahre dauert, bis sich eine Innovation durchgesetzt hat. Aber bereits jetzt haben wir nach dem, durch PISA 2000 aufgezeigten, Scheitern des alten Schulsystems viel erreicht!

- Vor der Einführung der Oberschule lagen die Klassengrößen bei 25-30 Schüler*innen. Trotz des eklatanten Lehrermangels gibt es heute an allen Schulstandorten spezielle Fördermaßnahmen, Doppelbesetzungen und Kleingruppenangebote.
- Vor der Einführung der Oberschule besuchten über 10% der Bremerhavener Kinder und Jugendlichen Sonderschulen (Förderzentren). Eine Zahl, die im bundesweiten Vergleich sehr weit oben lag. Wir haben an unseren Oberschulen vielfältige Maßnahmen ergriffen, damit zukünftig nicht mehr so viele Schüler*innen separiert werden.
- Noch nie gab es so einheitliche Zeugnisse und intensive Rückmeldungen an die Eltern, wie seit dem Aufbau der Oberschule. Noch nie gab es so viel Transparenz bei den Lerninhalten. Noch nie gab es eine so gute Zusammenarbeit der Oberschulen mit den Grundschulen und den weiterführenden Schulen.

Damit dieser Schulentwicklungsprozess fortgesetzt wird, werden wir unseren Schulen verlässliche Rahmenbedingungen erhalten und wo nötig, schaffen. Bereits jetzt haben alle Schulen den Auftrag, sich zu inklusiven Schulen zu entwickeln. Dieser Auftrag ist an den einzelnen Schulen unterschiedlich weit fortgeschritten. Deshalb brauchen wir einen Index für Inklusion, an dem sich festmacht, wo die Schule steht und Entwicklungsanreize für die Schulen, sich weiter zu entwickeln. Darüber hinaus wollen wir ein umfassendes Bildungsmonitoring aufbauen, um die Lernentwicklung von Schüler*innen an ihren Schulen besser zu erfassen und eine datenbasierte Schulentwicklung ermöglichen zu können. Ein enges Zusammenwirken von Beratung, Fortbildung, Ausstattung und Ressourcensteuerung soll die Schulen in diesen Entwicklungsprozessen unterstützen.

Zur notwendigen Verbesserung der Ausstattung unserer Schulen gehört auch ein Entwicklungsplan für die Digitalisierung. Die hiermit verbundene Veränderung des Lehrens und Lernens ist eine der Kernaufgaben des kommenden Jahrzehnts, die umfassende Maßnahmen zur technischen Infrastruktur und ihrer Wartung, aber auch die kontinuierliche Fortbildung des schulischen Personals verlangt.

Wir werden die Gestaltung der Zeugnisse weiter vereinheitlichen und die Erstellung durch die Einführung von einheitlicher Software erleichtern.

In unserem zweigliedrigen Schulsystem können alle Schüler*innen an Oberschulen oder Gymnasien in unterschiedlichem Tempo jeden Schulabschluss erlangen.

Betreuung und Elementarerziehung in den Kindertagesstätten (Kitas) ist die gesellschaftliche Herausforderung der kommenden Jahre

Der Bereich der qualitativen Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern steht auch weiterhin vor enormen Herausforderungen und stellt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar.

Wir Sozialdemokrat*innen haben den Ausbau der Kindertagesstätten massiv vorangetrieben. So wurde der weitere Ausbau von 460 Plätzen, davon 120 im Bereich U3, durch Um- und Neubauten beschlossen und wird derzeit umgesetzt. Erste Einrichtungen, die nach den neuesten pädagogischen Anforderungen gebaut wurden, haben den Betrieb aufgenommen und setzen Maßstäbe. Weitere Neubauten werden folgen und sollen nach Möglichkeit wohnortnah entstehen.

Des Weiteren entstehen durch die Verlagerung der Hortbetreuung an Grundschulen unter Federführung der Jugendhilfe bis zu 300 zusätzliche dauerhafte Kitaplätze.

Bildungsgerechtigkeit beginnt in der Krippe

Kindertagesstätten werden mit einem verstärkten Erziehungs- und Bildungsanspruch konfrontiert in dem Bewusstsein, dass gerade dort die Grundlagen für erfolgreiche Bildungsverläufe geschaffen werden und Sozialisationen positive Impulse erhalten. Der sozialpolitische Auftrag, sozialen Ungleichheiten entgegenzuwirken und vor allen Dingen für sozial benachteiligte Kinder eine besondere Förderung zu ermöglichen, stellt eine zusätzliche Herausforderung dar. Weitere Anforderungen ergeben sich aus den Erwartungen an die Erziehungspatenschaft/Elternarbeit, die Vernetzung im Stadtteil und die pädagogischen Aufgaben, die mit der Fortführung der Umsetzung der Inklusion einhergehen.

So haben wir verbindliche Standards für alle Kindertageseinrichtungen in der Stadt Bremerhaven eingeführt. Die Eltern können sich auf ein hohes Leistungs- und Betreuungsniveau in allen Einrichtungen verlassen. Die Einrichtungen berichten jährlich zu umfänglichen Maßnahmen der Qualitätsentwicklung und deren Prozessen.

Um diese Standards zu halten, wurde eigens für diese Herausforderung ein Sachgebiet mit einem multiprofessionellen Team geschaffen. Die Qualifizierung und Begleitung der Fachkräfte können damit sichergestellt werden und bei der Bewältigung des stetig anwachsenden Aufgabenprofils unterstützend wirken.

Die vorschulische Sprachförderung ist eine Querschnittsaufgabe der Einrichtungen geworden. Sie liegt in deren Zuständigkeit und Verantwortung. Es müssen nicht mehr unterschiedliche System ineinander greifen, sondern die Förderung erfolgt „aus einer Hand“. Die Einrichtungen werden hier trägerübergreifend fachlich unterstützt und qualifiziert. Die Zahl der Kinder mit Sprachförderbedarf ist steigend, spezielle Herausforderungen ergeben sich durch den hohen Anteil neu zugewanderter Kinder, auch hinsichtlich des sprachlichen Umgangs mit Eltern, die kein oder kaum deutsch sprechen beziehungsweise verstehen und der deutschen Schriftsprache nicht mächtig sind.

Fachkräfte bearbeiten das Handlungsfeld „Alltagsintegrierte sprachliche Bildung“. Mit diesen, von der Bundesregierung geförderten, zusätzlichen Stellen für die „Sprach-Kitas“ können die Kinder in den Kindertagesstätten gut auf den Schulbesuch vorbereitet werden.

Die Grundlagen für erfolgreiches Lernen werden bereits beim Besuch der Kindertagesstätte gelegt. Daher werden wir Sozialdemokrat*innen dafür sorgen, dass der Besuch der Kindertagesstätte ab Sommer 2019 auch in Bremerhaven beitragsfrei wird.

Die Erwerbsverläufe im pädagogischen Bereich der Elementarerziehung haben sich, in den vergangenen Jahrzehnten geändert. Die Zahl jener, die über viele Jahre durchgängig in einem Beruf tätig sind, hat sich erhöht. Der Betrieb einer Kindertagesstätte findet überwiegend im Ganztags statt, gleichwohl werden die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen noch nicht den Anforderungen einer Arbeit gerecht, die in Vollzeit ein Berufsleben lang ausgeübt werden soll. Arbeitsbereiche wie frühkindliche Bildung, Arbeit mit Krippenkindern, im Regelbereich einer Kindertagesstätte, im Rahmen von Inklusion usw. sind wesentlich komplexer geworden und entsprechen nicht immer in Gänze den Inhalten einer Breitbandausbildung.

Die Gestaltung von Übergängen ist qualitativ entwickelt und die Kooperation zwischen den Kindertagesstätten und den Grundschulen verbindlich geregelt. In insgesamt sechs Verbänden wird diese Aufgabe organisiert. Die von Sozialdemokrat*innen gefassten Beschlüsse sind wegweisend und die Stadt Bremen beabsichtigt, diesem Weg für die dortigen Einrichtungen zu folgen.

In einer Zeit der sich verschärfenden Fachkräfteproblematik, zusätzlicher Belastungssituationen für Fachkräfte und steigenden Anforderungen an die pädagogische Arbeit wollen wir Sozialdemokrat*innen darauf hinwirken, dass die gesellschaftliche Anerkennung dieser wichtigen und verantwortungsvollen Tätigkeit gesichert und die Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

Gewinnung von Fachkräften für Kindertagesstätten - Ausbildung, Einstellung von Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern

Zur Deckung und Sicherung des zusätzlichen Bedarfs an gut ausgebildeten pädagogischen Fachkräften wollen wir Sozialdemokrat*innen uns dafür einsetzen, dass während der Ausbildung der Tarifvertrag zur Anwendung kommt.

Der Magistrat finanziert bereits den zweiten Durchgang zur Qualifizierung von zukünftigen Führungskräften. Insgesamt stehen dann 36 Fachkräfte als zukünftige Kita-Leitungen zur Verfügung. Diese mit IHK-Zertifikat abzuschließende Langzeit-Qualifizierung ist für die Fachkräfte kostenfrei und die Träger stellen den Teilnehmenden die Arbeitszeit zur Verfügung.

Seit 2014 sind allein im städtischen Bereich circa 140 zusätzliche Stellen geschaffen worden. Weitere werden zur Erfüllung der Aufträge notwendig sein, daher werden wir Sozialdemokrat*innen eine Fachkräfte-Kampagne zur Gewinnung von weiteren Fachkräften starten.

Personaleinsatz

Unter der Federführung der Sozialdezernentin wurden im Bereich der städtischen Kindertageseinrichtungen rund 90 Arbeitsverträge entfristet. Zurzeit erhalten neu einzustellende Fachkräfte unbefristete Arbeitsverträge. Diese Praxis wollen wir Sozialdemokrat*innen weiterführen. In der aktuellen Bertelsmann-Studie zu den Kindertagesstätten steht das Land Bremen im oberen Feld. Allerdings gibt es im Vergleich der Personalschlüssel der Stadtgemeinde Bremen zu Bremerhaven gravierende Unterschiede.

Zudem ist die Kindertagesbetreuung im Land Bremen gekennzeichnet durch eine, im Bundesvergleich, sehr hohe Armutsquote von Kindern und deren Familien. Dementsprechend hat sich die Belastungssituation in den Kindertagesstätten im Land Bremen entwickelt. Daher ist es zwingend erforderlich, den Personalschlüssel weiter zu verbessern und eine Anpassung vorzunehmen.

Wir werden die zentrale Forderung aus den Einrichtungen und der Elternschaft einer dauerhaften Anwesenheit von zwei Erzieherinnen in der Gruppe, zuzüglich Verfügungszeiten, umsetzen. In der Stadt Bremen ist der Personalschlüssel in diesem Bereich jetzt schon deutlich besser als in Bremerhaven. Wir Sozialdemokrat*innen wollen dafür u.a. Bundesmittel aus dem „Gute-Kita“-Gesetz einwerben.

Im Bereich der Kinder unter drei Jahren gibt es in Bremerhaven einen sehr guten Betreuungsschlüssel. Eine Fachkraft erzieht, bildet und betreut rechnerisch 3,3 Kinder. Daran wollen wir auch zukünftig festhalten. Außerdem werden wir prüfen lassen, inwiefern Leitungskräfte von Tätigkeiten im Kinderdienst beziehungsweise von der Verwaltung entlastet werden können, so dass freie Ressourcen für den Anspruch eines ganzheitlichen Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsauftrages entstehen, losgelöst von pädagogisch fremden Tätigkeiten.

Finanzen

Wir Sozialdemokrat*innen wollen die Finanzierungsstruktur der freien Träger weiterentwickeln. Die Steuerung dieses Bereichs soll daher weiterhin in der kommunalpolitischen Verantwortung bleiben. Damit soll sichergestellt werden, dass die zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel zielführend und wirtschaftlich eingesetzt werden

Wir Sozialdemokrat*innen setzen uns für ein Programm zur Sanierung der bestehenden städtischen Kindertagesstätten als auch der freien Träger ein und wollen dafür weiter investieren. Unser Ziel ist es, die Kindertagesstätten bis zum Jahr 2025 zukunftsgerecht einzurichten damit sie den heutigen Ansprüchen und Anforderungen der Kinder und des pädagogischen Personals entsprechen.

Wir wollen die Gleichstellung der Geschlechter weiter vorantreiben und Frauen stärken

Gleichstellung ist und bleibt eine gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe. Auch 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts kämpfen wir Sozialdemokrat*innen weiter dafür, Frauenrechte zu stärken und die aktive Partizipation von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu erhöhen und eine geschlechtsunabhängige Chancengleichheit herzustellen.

Frauenfreundlicher Ausbildungs- und Arbeitsmarkt

Die SPD setzt sich traditionell in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Arbeitnehmer*innenvertretungen für Frauenförderung und eine Minimierung des Gender-Pay-Gap durch gleiche Bezahlung von Frauen und Männern ein. Auch auf kommunaler Ebene wollen wir uns weiterhin dafür stark machen, dass Ausbildungs-, Berufs- und Karrierechancen von Frauen verbessert werden. Denn nur eigenständige Frauen sind in der Lage, ihr Schicksal selbstbewusst zu gestalten.

Um die eigenständige Existenzsicherung von Frauen zu ermöglichen, werden wir in Bremerhaven weiterhin den Fokus auf spezifische Maßnahmen zur Qualifizierung von Frauen legen, die Möglichkeit der Teilnahme an frauenspezifischen Existenzgründungsprogrammen sicherstellen sowie Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf vorantreiben (u.a. Teilzeitausbildung, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle und Beratungsangebote für Betriebe zur Familienfreundlichkeit stärken). Zudem werden wir Alleinerziehende – unter denen der Frauenanteil weiterhin bei über 90% liegt - durch den Erhalt und Ausbau gezielter Maßnahmen fördern. Durch eine Stärkung der Sozial- und Gesundheitsberufe, in denen bisher vorrangig Frauen tätig sind, v.a. durch die Weiterentwicklung der Aus-, Fort- und Weiterbildungskonzepte an der Hochschule Bremerhaven und durch die Einführung der „Praxisintegrierten Ausbildung“ für pädagogische Fachkräfte wollen wir berufliche Perspektiven für Frauen sicherstellen.

Der Frauenanteil in Aufsichtsräten und vergleichbaren Gremien soll weiterhin gestärkt werden. Wir setzen uns daher dafür ein, dass der Anteil von Frauen in Aufsichtsräten von Eigen- oder Beteiligungsgesellschaften erhöht wird. Hierbei spielen zudem Maßnahmen zum Ausbau einer genderneutralen Berufswahl eine Rolle. Mädchen und junge Frauen sollen zur Wahl von MINT-Berufen und klassischen Berufszweigen, beispielsweise bei der Polizei und der Feuerwehr, animiert werden. Festgefahrene Geschlechterbilder sollen deshalb bei der Berufswahl durch passgenaue Beratung (vorrangig durch die Jugendberufsagentur), insbesondere aber durch gendergerechte Berufsorientierungsmaßnahmen in den Schulen aufgebrochen werden.

Familien stärken

Der weitere Ausbau und die Flexibilisierung der Kinderbetreuungsangebote sollen den Weg zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf stetig verbessern. Hierbei steht neben der Qualitätssicherung und der Weiterentwicklung von Betreuungsangeboten auch die Gestaltung flexibler Öffnungszeiten im Vordergrund. Mit Hilfe eines Modellprojekts zur Ausweitung der Randzeitenbetreuung und der Ausweitung der maximalen Betreuungszeit von unter Dreijährigen wollen wir den Bedarf besser abdecken und somit die Vereinbarkeit von Vollzeitwerbstätigkeit und Familienplanung stärken. Um die erweiterten Angebote abzudecken, ist eine offensive Personalgewinnung von pädagogischem Fachpersonal notwendig.

Um Kinderarmut zu bekämpfen, ist es unabdingbar die erfolgreich installierte Präventionskette beizubehalten und auf Kinder über sechs Jahren lückenlos auszubauen. Hierzu ist neben den flächendeckenden Betreuungsangeboten von Grundschulkindern durch Hortbetreuung und Ganztagschule, auch die Stärkung von Begegnungsorten sicherzustellen. Aus diesem Grund sind die Familienzentren finanziell abzusichern und auszubauen.

Gewaltfrei Leben

Gewalt an Frauen bleibt weiterhin ein von Herkunft, Alter, Bildungsstand und Religion unabhängiges Phänomen. Wir werden uns weiterhin gegen Gewalt an Frauen stark machen. Aus diesem Grund ist die vorhandene Beratungsstelle gegen häusliche Gewalt abzusichern und - nach Eruierung des Bedarfs - der Ausbau des Frauenhauses in Bremerhaven voranzutreiben. Zudem ist eine stetige Beratung von durch Zwangsprostitution betroffener Frauen weiter sicherzustellen. Ein spezifischeres Augenmerk ist auf den Schutz von Migrantinnen vor Gewalt zu setzen.

Neben der häuslichen und tätlichen Gewalt ist die sexualisierte Gewalt über Onlinemedien zunehmend stark verbreitet. Wir setzen uns dafür ein, dass Beratung und Aufklärung in allen

Altersklassen, von der präventiven Mädchenarbeit über die Stärkung der Medienpädagogik in der Schule bis hin zum Ausbau der speziellen Fachberatungsstelle gewährleistet wird.

Neben der finanziellen Absicherung der Opferhilfe und des Präventionsrates ist der Ausbau und die Entwicklung spezifischer, primärpräventiver Täterunterstützungsangebote, welche präventiv Straftaten verhindern, voranzutreiben.

Frauengesundheit

Eine geschlechtergerechte Gesundheitspolitik liegt uns am Herzen. Neben dem Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und der Möglichkeit des wohnortnahen Schwangerschaftsabbruchs setzen wir uns für die Bereitstellung kostenloser Verhütungsmittel an Bedürftige ein. Durch den Erhalt des Bremerhavener Topfs sollen Selbsthilfegruppen und Verbände weiter gefestigt und durch die weitere finanzielle Absicherung des „Forums Frauen und Gesundheit“ der Austausch von Multiplikator*innen zu frauenspezifischen Themen weiter gestärkt werden.

Beratungsangebote finanziell absichern und ausbauen

Der Fokus ist auf eine ganzheitliche, sozialraumorientierte und gendergerechte Ausrichtung von weiteren Beratungsangeboten zu richten. In diesem Sinn ist neben dem Erhalt bestehender Unterstützungssysteme die qualitative Weiterentwicklung des Hilfesystems, u.a. durch geschlechterspezifische Fort- und Qualifizierungsangebote von Fachkräften im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit, zu gewährleisten. Zudem ist im Bereich der Familien- und Frauenberatung die Abkehr von der Pro-Kopf-Beratungspauschale, hin zu einer auskömmlichen Finanzierung einzuleiten. Um den Bürgerinnen und Bürgern die vielfältigen Beratungsangebote näher zu bringen, ist die Onlinepräsenz von Hilfs- und Beratungsangeboten zu verbessern.

Für die Vernetzung der frauenspezifischen Angebote stellt die Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau einen wichtigen Ankerpunkt dar. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Zweigstelle der ZGF in Bremerhaven erhalten bleibt, so dass ein vielfältiges Angebot an frauenstärkenden Initiativen im Zusammenspiel mit engagierten Akteur*innen vor Ort auch in Zukunft gestaltet werden kann.

Wir werden Teilhabechancen durch berufliche Bildung sichern und verbessern

Die dynamische Entwicklung der Berufs- und Arbeitswelt stellt die berufliche Bildung vor ständig neue Herausforderungen. Die Digitalisierung, die Entwicklung neuer Technologien, neuer Berufe und neuer Strukturen vollziehen sich zum Teil mit sehr hoher Geschwindigkeit und lassen die Anpassungsfähigkeit des Berufsbildungssystems vielfach an seine Grenzen stoßen. Die Leistungsfähigkeit beruflicher Schulen ist jedoch für die Qualität der Berufsausbildung und die wirtschaftliche Entwicklung in Bremerhaven von erheblicher Bedeutung.

Die Erfüllung ihres Auftrags kann den berufsbildenden Schulen nur gelingen, wenn sie fortlaufend modernisiert werden. Sie müssen stärker als bisher in die Lage versetzt werden, sich selbst weiter zu entwickeln. Hierzu bedarf es größerer Gestaltungsspielräume. Dies stellt neue organisatorische, kooperative, personelle und curriculare Anforderungen an die berufsbildenden Schulen.

Daher soll ein mehrjähriger Schulversuch unter dem Thema „Berufsbildende Schulen in Bremerhaven als regionale Kompetenzzentren“ gestartet werden. Im Rahmen dieses Vorhabens

sollen die berufsbildenden Schulen ihre Profile im Hinblick auf den Fachkräftebedarf in der Region schärfen und weiter entwickeln.

Mit der Ausbildungsgarantie zum Schuljahr 2015/16 haben wir beschlossen, dass Schulabgänger*innen eine Ausbildung oder ein Angebot, das auf eine Ausbildung vorbereitet, erhalten. Wir haben die Anzahl der schulischen Ausbildungsplätze deutlich erhöht, allerdings hat die Wirtschaft ihre Zusage bisher nicht eingelöst. Deswegen brauchen wir weiterhin eine Erhöhung der Ausbildungsplätze und verschiedene Berufsbildungsmodule für Jugendliche, die in einer dreijährigen Berufsausbildung nicht in einem Anlauf erfolgreich sind.

Berufsfachschulen, die einen höherwertigen allgemeinbildenden Abschluss mit beruflichem Schwerpunkt ermöglichen (z.B. die einjährige Berufsfachschule Gesundheit mit dem Ziel des mittleren Berufsabschlusses) oder eine berufliche Ausbildung, z.B. die zweijährige Berufsfachschule Pflegehilfe sollten ebenfalls weiterhin angeboten werden. Wir Sozialdemokrat*innen werden uns angesichts des sich abzeichnenden Fachkräftebedarfs in sozialen Berufen dafür einsetzen, dass für die Teilnehmenden der Tarifvertrag für Auszubildende des öffentlichen Dienstes (TVAöD), einschließlich der besonderen Teile, zur Anwendung kommt.

Wir werden

- mit verschiedenen Maßnahmen dem Fachkräftemangel an unseren Schulen begegnen
- 250 Millionen EUR für neue Schulen bereitstellen, die dem Anspruch nach individuellem Unterricht entsprechen.
- die Ausstattung der Schulen verbessern und die entsprechenden Haushaltsansätze weiter erhöhen.
- die Beratungsstellen des Regionalen Bildungs- und Unterstützungszentrums (REBUZ) und Traumaberatungsangebote multiprofessionell weiter stärken.
- Angebote der Frühbetreuung an allen Schulstandorten einrichten.
- den Ausbau der Ganztagschulen weiter vorantreiben.
- einen Schulversuch starten, um die berufsbildenden Schulen in Bremerhaven zu regionalen Kompetenzzentren zu entwickeln.
- Maßnahmen zum Nachholen von Schulabschlüssen sicherstellen und den Ausbau an Angeboten für spezifische Zielgruppen (z.B. alleinerziehende Männer) vorantreiben.

Wir wollen gute Arbeit in die Breite bringen – Arbeit und Wirtschaft als Basis für eine wachsende Stadt

Wer arbeitet, muss genug zum Leben haben – das ist und bleibt uns Sozialdemokrat*innen wichtig. Hierzu haben wir in der Vergangenheit auch kommunal erhebliche Anstrengungen unternommen und werden das fortsetzen. Wir müssen als Stadtgemeinde unseren Weg des Strukturwandels weitergehen und neue Wirtschaftsfelder besetzen, die Perspektiven für gute Arbeit geben. Wir

Sozialdemokrat*innen unterstützen innovative Ansätze und das fruchtbare Zusammenwirken zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung.

Wir werden

- Flächen für wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten bereitstellen, indem wir die Luneplate weiterentwickeln und Green Economy fördern.
- Leiharbeit weiter konsequent bekämpfen und auch bei öffentlichen Vergaben stärker auf Tariftreue und gute Arbeitsbedingungen achten, denn nachhaltig und fair geht vor billig.
- städtebauliche Entwicklungen zur räumlichen Erweiterung der Hochschule vornehmen.
- die touristischen Attraktionen besser vermarkten und verknüpfen sowie inhaltlich weiterentwickeln, indem wir u.a. auf barrierefreien Tourismus setzen.
- jungen Menschen Perspektiven geben, indem wir die Zahl der Auszubildenden beim Magistrat der Stadt Bremerhaven mit seinen angeschlossenen Eigen- und Wirtschaftsbetrieben sowie bei den städtischen Gesellschaften ausweiten.
- bessere Rahmenbedingungen für kleine und mittelständische Unternehmen schaffen, indem wir Bürokratie abbauen und Steuern senken.
- die Innenstadt weiterentwickeln, indem wir Leerstände bekämpfen, neue Konzepte entwickeln und unterstützen. Dazu werden wir uns mit den dort handelnden Akteuren intensiv austauschen und gemeinsam Ideen entwickeln.
- die Wochenmärkte in unserer Stadt langfristig erhalten und verbessern. Es sollen vermehrt lokale Produkte verkauft werden. Dazu kann auch eine Neuorganisation sinnvoll sein.

Arbeits- und Beschäftigungspolitik

Wir stehen für eine gerechte Arbeitswelt und eine aktive kommunale Arbeitsmarktpolitik. Die betriebliche Mitbestimmung ist eine elementare Säule unseres erfolgreichen Wirtschaftssystems und wir wissen um die bedeutsame Rolle der Gewerkschaften als Tarif- und Sozialpartner.

Wir werden auch weiterhin auf sachgrundlose Befristungen im öffentlichen Dienst verzichten und uns dafür einsetzen, diese Beschäftigungsverhältnisse auf Bundesebene abzuschaffen. Darüber hinaus wollen wir dort, wo dies möglich ist, auch auf Befristungen mit Sachgrund verzichten.

Dazu benötigen wir Unternehmen, die sich dem Prinzip der „guten Arbeit“ mit Mindestlohn, Tarifbindung, gleicher Bezahlung von Frauen und Männern, Verzicht auf sachgrundlose Befristungen und dem Einsatz von Leiharbeit nur zur Spitzenabdeckung sowie dem Verzicht auf Werkverträge als Lohndumpinginstrument verpflichten.

Wir kämpfen dafür, dass kein junger Mensch nach der Schule unversorgt bleiben soll. Deshalb wollen wir mit der Jugendberufsagentur und der Ausbildungsgarantie dafür sorgen, dass jeder junge Mensch nach der Schule entweder ein Ausbildungsangebot oder ein weiterführendes

Angebot mit dem Ziel einer Berufsausbildung erhält: Nur eine gute Ausbildung sichert nachhaltig die Zukunft.

Außerdem geben wir uns nicht damit zufrieden, dass der Abbau der Arbeitslosigkeit bisher deutlich gesunken ist. Wir wissen, dass lang anhaltende Arbeitslosigkeit die Hauptursache für Armut und soziale Ausgrenzung ist. Trotz einer guten Wirtschaftslage gibt es in Bremerhaven eine Gruppe von Menschen mit verfestigter Arbeitslosigkeit, deren Integration in den regulären Arbeitsmarkt in absehbarer Zeit nicht gelingen kann.

Wir wollen die bewährte kommunale Arbeitsmarktstrategie in unserer Stadt fortsetzen und, wo dies nötig ist, ausbauen. Für eine nachhaltige Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, die viele Menschen in unserer Stadt immer noch besonders betrifft, brauchen wir auch weiterhin passgenaue Programme, um allen Zielgruppen gerecht zu werden und um kommunale und landespolitische Ansätze wirksam zu verknüpfen. Mit dem Landesprogramm LAZLO für die öffentlich geförderte Beschäftigung ehemals langzeitarbeitsloser Frauen und Männer wurden beispielsweise in Bremerhaven 200 sozialversicherungspflichtige Stellen geschaffen, die zur zusätzlichen Unterstützung in Schulen, Kindertagesstätten, sozialen und kulturellen Einrichtungen und bei gemeinnützigen Vereinen angesiedelt sind. Zusätzlich wurden und werden auch weiterhin Plätze mit dem Schwerpunkt „Stadtsauberkeit“ im Rahmen des Landesprogramms „Perspektive Arbeit Saubere Stadt“ (PASS) geschaffen. Neben der Teilhabe an Arbeit für die Beschäftigten kommt das Ergebnis der Arbeit der Allgemeinheit zugute. Wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass Bremerhaven an den Landesprogrammen angemessen beteiligt wird.

Für die Stadt Bremerhaven ist es wichtig, dass der ansteigende Fachkräftemangel nicht die guten Ergebnisse im wachsenden Tourismussektor in den Havenwelten, im Schaufenster Fischereihafen und den touristischen Einrichtungen schadet. Das Image darf nicht aufgrund von fehlenden und schlecht qualifizierten Personals leiden. Bremerhaven ist nicht nur als Urlaubs- und Ausflugsziel in der Region sehr beliebt, der Tourismus ist auch für die Beschäftigung von großer Bedeutung. Viele Arbeits- und Ausbildungsplätze sind bereits unterbesetzt, unter anderem im Hotel- und Gaststättenbereich. Dabei könnten hier wichtige Arbeitsplätze entstehen. Wir Sozialdemokrat*innen setzen und dafür ein, dass die Betriebe in den wichtigen Bereichen der Aus- und Weiterbildung, als auch in der Qualifizierung unterstützt werden. Hierbei ist neben den Kammern, der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter und der Jugendberufsagentur auch die Unterstützung durch die Beschäftigungs-, Bildungs- und Qualifizierungsträger der Stadt geplant. Für eine umfassende und qualitativ hochwertige Unterstützung im Bereich der Ausbildung und Qualifizierung sollen entsprechende Fördertöpfe aus ESF- und Landesmitteln zur Verfügung gestellt werden.

Wir wollen uns auch weiterhin an den Bedürfnissen der regionalen Wirtschaft orientieren und deshalb einen Schwerpunkt der Qualifizierung auf den gewerblich-technischen Bereich und den niederschweligen Helfersektor legen.

Dabei befürworten wir ausdrücklich den Einsatz des Instrumentes der sozialverträglichen Arbeitnehmerüberlassung als ein wirksames Mittel zur Wiedereingliederung von langzeitarbeitslosen Mitbürger*innen in unserer Stadt.

Wir wollen die erfahrenen Beschäftigungs- und Qualifizierungsträger und Beratungseinrichtungen in unserer Stadt bei der Gestaltung gemeinsamer Projekte, beispielsweise mit den Kammern (Förderketten), zur Erlangung von Berufsabschlüssen fördernd unterstützen.

Wir wollen unsere Bemühungen fortsetzen, in sozialen Brennpunkten unserer Stadt Standortmanager*innen und Stadtteil-Beratungszentren einzurichten.

Wir wollen auch weiterhin die Verbesserung der Chancengleichheit benachteiligter Menschen auf dem Arbeitsmarkt fördern. Dazu gehören insbesondere Migrant*innen, Alleinerziehende, Ältere und Langzeitarbeitslose ohne Schul- und/oder Berufsabschluss sowie Menschen mit Behinderung. Abschlussbezogene Qualifizierung, Unterstützung von Ausbildung und Maßnahmen der Beschäftigungsförderung begünstigen die Integration in existenzsichernde Arbeit, gute Ausbildung und tariflich abgesicherte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.

Mit Blick auf die für unsere Stadt so wichtigen Branchen Windenergie, Schiffbau und Nahrungsmittelindustrie wissen wir, dass ein starker Wirtschaftsstandort vor allem gut qualifizierte Arbeitnehmer*innen braucht. Neben der Verpflichtung der Wirtschaft, durch Ausbildung selbst zur Sicherung des eigenen Fachkräftebedarfs beizutragen, wollen wir mit der Jugendberufsagentur und der Ausbildungsgarantie auch dazu beitragen, dass es zu passgenauen Verbindungen zwischen Auszubildenden und Ausbildungsstellen kommt. Wir wissen darum, dass die notwendige Gewinnung auswärtiger Fachkräfte erfolgreicher ist, wenn es in unserer Stadt gelingt, die Verbindung von guten Arbeitsbedingungen mit einer hohen Lebens- und Standortqualität sicherzustellen.

Wir treten dafür ein, festgefahrene Geschlechterbilder auch im Arbeitsleben aufzulösen: Dort, wo bei der Berufswahl immer noch nach typischen Frauen- und Männerberufe unterschieden wird, wollen wir dies aktiv aufbrechen. Unser Ziel ist es, junge Frauen und Männer bereits bei der Berufsorientierung in der Schule zu ermutigen, ihre Entscheidung zur Berufswahl frei von Geschlechterbildern zu treffen.

Den beruflichen Wiedereinstieg von Frauen wollen wir besonders fördern: Unsere Gesellschaft braucht auch im Arbeitsleben einen ausgewogenen Geschlechter-Mix und profitiert vom Input und den Kompetenzen gut qualifizierter Arbeitnehmer*innen. Unsere Fachkräftestrategie basiert auf dieser Erkenntnis, verbunden mit Maßnahmen der Beratung, Weiterbildung und Qualifizierung. Dafür werden wir die Finanzierung der beruflichen Orientierungsberatung für Frauen nachhaltig sichern. Wir wollen die Anzahl der Arbeitsplätze, die noch immer überwiegend von Frauen ausgeübt werden, erhöhen und die Existenzgründungen von Frauen ausweiten. Dafür werden wir die positiven Erfahrungen und Ergebnisse der Frauenberatungsstellen nutzen und diese weiterhin entsprechend unterstützen.

Zur besseren Vereinbarung von Beruf und Familie und um dem zunehmenden Bedarf nach flexiblen Arbeitszeitmodellen zu entsprechen, muss es vielfältige Arbeitszeitmodelle, beispielsweise auch in Teilzeit, geben. Hier muss dafür Sorge getragen werden, dass sich diese nicht perspektivisch zu einem Nachteil für den beruflichen Aufstieg erweisen. Zudem sollten Unternehmen vermehrt in Bezug auf familien- und lebenslauforientierte Personalpolitik sowie gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt beraten werden und ein Konzept für eine Kinderbetreuung für Teilnehmende von Arbeitsmarktprojekten (v.a. in Bezug auf Projekte für Alleinerziehende) entwickelt werden.

Wirtschaft

Wir Sozialdemokrat*innen setzen uns für eine nachhaltige Verstetigung einer aktiven Wirtschaftspolitik ein, die gemeinsam mit guten Rahmenbedingungen für die Unternehmen Motor zur Schaffung neuer Dauerarbeitsplätze in Bremerhaven ist. Unsere Stadt befindet sich in einer

Phase der dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung, nachdem seit dem Jahr 1999 entscheidende wirtschaftsstrukturelle Weichen für einen positiven Strukturwandel gestellt wurden. Bremerhaven hat ein authentisches und scharfes Standortprofil mit sozialdemokratischer Handschrift erzielt. Dieses zeigt sich insbesondere in der Konzentration auf folgende wirtschaftliche Schwerpunktbranchen:

- Hafenwirtschaft/Umschlagsunternehmen
- Fisch- und Lebensmittelwirtschaft
- Maritime Wirtschaft und Werften
- Forschung und Entwicklung/Wissenschaftliche Dienstleistungen
- Offshore-Windenergie
- Maritimer Städtetourismus
- Green Economy

Hafenwirtschaft/ Umschlagsunternehmen

Die bremischen Häfen zählen zu den wichtigsten Universalhäfen Europas. In Bremerhaven wird an den Terminals nahezu jede Art von Ladung umgeschlagen: Container und Autos, Stück- und Massengüter sowie Gefahrgüter und sogenannte Projektladung, wie z. B. Windenergieanlagenteile. Rund 74.000 Beschäftigte im Land Bremen sind direkt und indirekt von den bremischen Häfen abhängig. 17.800 hafenabhängige Arbeitsplätze finden sich in der landbremischen Industrie wieder: Schiffbau, Stahlerzeugung, Windenergieanlagen on- und offshore, Nahrungsmittelindustrie, Fischverarbeitung, Automobilindustrie und Maschinenbau.

Aktuell befinden wir uns in einem Jahrzehnt voller Investitionen in den Hafen: Wir haben mehr als 30 Millionen Euro in die Hafeneisenbahn investiert, die Erneuerung der Westkaje im Kaiserhafens III vorangetrieben und knapp 80 Millionen Euro für den Neubau der Columbuskaje beschlossen, damit unsere Häfen auch zukünftig leistungsfähig bleiben.

Wir werden

- auch künftig in die Instandhaltung und Erneuerung der Hafeninfrastruktur investieren.
- weitere Branchen und Umschlagsgüter für den Standort Bremerhaven akquirieren.
- an der Realisierung des Offshore Terminal Bremerhaven (OTB) als starken Beitrag für die Zielerreichung der Energiewende festhalten, denn für uns steht fest: Die Energiewende wird nur mit einem verstärkten Ausbau der grundlastfähigen Offshore-Windenergie gelingen.
- die Digitalisierung in den Häfen durch die Entwicklung von Pilotprojekten kontinuierlich begleiten.

Verstopfte Straßen und Engpässe sind für den Hafenumschlag jedoch ein eindeutiger Standortnachteil. Daher haben wir Sozialdemokrat*innen mit dem Ausbau von Containerterminal und Schleusen, der leistungsfähigen Anbindung durch den Hafentunnel und den Ausbau der Hafeneisenbahn frühzeitig auf Investitionen in unsere Hafeninfrastruktur gesetzt. Diese Investitionen dienen der langfristigen Absicherung der Arbeitsplätze in der Hafenwirtschaft. Wir setzen uns dafür ein, dass mit der Fertigstellung des Tunnelbauwerks die bisherigen innerstädtischen Verkehre durch Schließen des Zolltors Roter Sand für LKW-Verkehre so gelenkt werden, dass die Wohngebiete spürbar entlastet werden. Der Warentransport in Deutschland ist zu sehr auf die LKW-Verkehre orientiert. Wenn wir die Umweltziele erreichen wollen, ist eine stärkere Umsteuerung auf die Schiene unerlässlich.

Fisch- und Lebensmittelwirtschaft

Der Fischereihafen ist Bremerhavens größtes und wichtigstes Gewerbegebiet. Die Lebensmittelbranche als Kernbranche des Fischereihafens verfügt über eine hohe Innovationsfähigkeit und qualitativ hochwertige Produkte. Um den Lebensmittelstandort auf diesem hohen qualitativen Niveau zu halten, setzen wir Sozialdemokrat*innen uns weiter dafür ein, die Rahmenbedingungen durch Wirtschaftsförderung und Strukturpolitik auch künftig positiv zu gestalten, damit die Unternehmen dem Standort die Treue halten. Darüber hinaus soll durch die Schaffung von Netzwerk- und Kooperationsstrukturen zwischen den lokalen Forschungs- und Entwicklungsanbietern (FuE), wie beispielsweise dem ttz (Technologie-Transferzentrum), der Hochschule mit dem Studiengang Lebensmitteltechnologie sowie dem Biotechnologiezentrum Bio Nord und dem produzierenden Gewerbe im Fischereihafen das Innovationspotenzial durch Technologietransfer verstärkt werden. Das Schaufenster Fischereihafen spielt bei der Vermarktung des Lebensmittels Fisch eine wichtige Rolle. Dabei werden auch Tourist*innen angesprochen. Zur Absicherung der vielfältigen, auch touristischen Veranstaltungen, ist das Budget der Werbe- und Veranstaltungsgesellschaft Schaufenster auskömmlich zu gestalten.

Maritime Wirtschaft und Werften

Auch wenn sich Bremerhavens Werften fortlaufend dem weltweiten Wettbewerb stellen müssen, hat sich der Standort durch seine Spezialisierung auf Fertigbau, Spezialschiffbau, Umbau-, Reparatur-, Wartungs- und Servicearbeiten behauptet. Unternehmen, die in der Offshore-Branche tätig sind und Reedereien der Umschlagsbetriebe werden zunehmend zu wichtigen Auftraggebern und Kooperationspartnern der Werften. Wir stehen zur Lloyd-Werft als wichtigem Spezialunternehmen im Schiffbau und unterstützen die dort Beschäftigten beim Erhalt und der nachhaltigen Sicherung dieses bedeutenden Standorts.

Forschung und Entwicklung/Wissenschaftliche Dienstleistungen

Bremerhaven verfügt mittlerweile mit dem Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung (AWI), der Hochschule Bremerhaven, dem Fraunhofer Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES), dem Technologie-Transferzentrum (ttz), dem Zentrum für Aquakulturforschung (ZAF), dem Deutschen Schifffahrtsmuseum (DSM), dem Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL), dem DLR-Institut für den Schutz Maritimer Infrastrukturen und den von Thünen-Instituten für Seefischerei und Fischereiökologie über eine beeindruckende Forschungs- und Entwicklungslandschaft. Wir werden uns auch zukünftig verstärkt für eine noch engere Verzahnung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft einsetzen, um den Technologietransfer in die Region zu verstetigen und zu intensivieren.

Offshore-Windenergie

Um neue nachhaltige Arbeitsplätze zu schaffen, unterstützen wir die Ansiedlung neuer Unternehmen. Hierfür stellen wir für an einer Ansiedlung interessierte Unternehmen die erforderliche Infrastruktur zur Verfügung, damit entsprechende Gewerbeflächen angeboten werden können. Wir erwarten, dass die Erweiterung der Produktionskapazitäten dazu führt, dass der Standort Bremerhaven auch für Zulieferer von kleineren Komponenten interessant wird.

Maritimer Städtetourismus

Der Tourismus hat sich zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor in unserer Stadt entwickelt. Mit den Havenwelten Bremerhaven, dem Schaufenster Fischereihafen sowie den Häfen, insbesondere auch dem Kreuzfahrtterminal, verfügt die Stadt über herausragende Attraktionen. Die SAIL Bremerhaven lockt als völkerverbindende Veranstaltung alle fünf Jahre über eine Millionen Besucher*innen in unsere Stadt. Auch das jährlich Ende Mai stattfindende SeeStadtFest hat sich als erfolgreiche Veranstaltung etabliert.

Auf dem Erreichten dürfen wir uns aber nicht ausruhen. Unser Ziel ist es, die Zahl der Tagesbesucher*innen und Übernachtungen in Bremerhaven in den nächsten vier Jahren nochmals signifikant zu steigern. Deshalb werden wir die Umsetzung der 2018 erarbeiteten Tourismusstrategie Bremerhaven 2025 konsequent begleiten. Wir wollen, dass das Marketing gezielt ausgebaut wird. Wir setzen uns dafür ein, die touristischen Areale besser zu vernetzen und werden ein attraktives Besucherwegeleitsystem installieren. Wir sprechen uns für regelmäßige Reattraktivierungen der touristischen Einrichtungen und Angebote aus. Außerdem wollen wir die Kongress- und Veranstaltungsstrukturen und deren Planung weiter optimieren.

Wir wissen, dass der Tourismus nur im Schulterschluss mit der Tourismuswirtschaft erfolgreich weiterentwickelt werden kann. Deshalb unterstützen wir die sich gründenden Tourismusnetzwerke.

Bremerhaven soll ein attraktives Reiseziel für alle sein. Die Weiterentwicklung des zukunftsweisenden und barrierefreien Tourismus hat für uns einen besonderen Stellenwert. Wir werden das Konzept zum barrierefreien Tourismus umsetzen und Bremerhaven als barrierefreie touristische Destination weiterentwickeln.

Unsere Stadt hat sich in den vergangenen Jahren außerordentlich erfolgreich im Kreuzfahrtgeschäft entwickelt. Dazu haben auch die gezielten Marketingaktionen beigetragen, die wir weiter unterstützten. Wir begrüßen, dass das Land den dringend notwendigen Neubau der Columbuskaje beschlossen hat und werden auch die Weiterentwicklung des Kreuzfahrtterminals einfordern. Zudem wollen wir den Terminal weiter mit der Stadt verknüpfen.

Die Wirtschafts- und Tourismusförderungen sollen zukünftig noch enger verzahnt werden, um Synergieeffekte besser nutzen zu können. Eine bremerhavenweite Kombination von vergünstigten Tickets für touristische Einrichtungen und dem öffentlichen Personennahverkehr in Form einer „Bremerhaven Card“ für Touristen wollen wir einführen.

Green Economy (Grüne Wirtschaft)

Wir wollen Unternehmen unterstützen, die Produkte der Umwelttechnologie herstellen (Green Tech) und jene, die sich zum Ziel gesetzt haben, in ihren Produktionsprozessen immer

umweltfreundlicher und nachhaltiger zu werden (Green Transformation). In der Green Economy sehen wir ein erhebliches Wachstumspotenzial und wollen den Standort in unserer Stadt weiter ausbauen. Dafür setzen wir uns für die Schaffung eines Gewerbegebietes in unmittelbarer Nähe zur Kompensationsmaßnahme Luneplate, unter Berücksichtigung besonderer Natur- und Umweltschutzauflagen einschließlich der Entwicklung von Anreizsystemen für ansiedelnde Unternehmen für einen umweltschonenden Betrieb, ein. Weiter werden wir in diesem Gebiet Pilotanwendungen von regenerativen Energien, deren Speicherung und Umwandlung unterstützen: Dazu gehört für uns außerdem die Nutzung von Wasserstoff als Treibstoff. Im Gewerbegebiet Luneplate ist für uns die ideale Stelle für ein derartiges Pilotprojekt. Hier kann der überschüssige Strom aus den Offshore-Windenergieanlagen zu Wasserstoff verarbeitet und von hier aus für die verschiedenen Teile der Green Economy genutzt werden. Unsere Stadt kann so weiterhin eine Vorreiterrolle als Klimastadt für sich beanspruchen. Für alle interessierten Akteure soll ein gemeinsames, überregionales Wasserstoffnutzungskonzept entwickelt werden.

Stadtentwicklung

Wir Sozialdemokrat*innen sehen eine ausgewogene Standortentwicklung in der Schaffung weiterer Arbeitsplätze und in der Attraktivierung unserer Stadt als Wohn- und Lebensraum begründet. Wir werden weiter daran arbeiten, das Profil unserer Stadt intensiv im Rahmen des Standort-, Stadt- und Tourismusmarketings überregional zu positionieren.

Wir wollen Perspektiven für Familien und junge Menschen entwickeln – Kinder und Jugendliche brauchen Qualität und Räume

Wir Sozialdemokrat*innen wollen Familien und jungen Menschen eine Perspektive für ein gutes Leben in Bremerhaven bieten. Kinder und Jugendliche brauchen qualitativ gute Räume im öffentlichen Leben der Stadt. Wir haben in den vergangenen Jahren intensiv für den Ausbau von vielfältigen Angeboten für Kinder, Jugendliche und Familien gearbeitet.

Aus dem Wandel der Arbeitswelt ergeben sich immer neue Anforderungen für die Lebensplanung berufstätiger Eltern. Die Entscheidung, Kinder zu haben, darf kein Einstieg in Armut oder erschwerte Lebensbedingungen bedeuten. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bestmöglichst zu gestalten, ist daher für uns ein wichtiges Thema. Um Familien zu unterstützen, setzen wir den Kita-Ausbau schnellstmöglich fort und treiben die Qualitätssicherung und Weiterentwicklung der Betreuungsangebote voran. Hierbei sind neben der Optimierung der Kita-Finanzierung zur Herstellung einer verbesserten Planungssicherheit für freie Träger zudem verbesserte Rahmenbedingungen zu schaffen, um das Miteinander von Erwerbsarbeit und Familienplanung zu ermöglichen. Hierzu ist insbesondere die Flexibilisierung von Betreuungsangeboten und -zeiten (v.a. durch Ausweitung der Randzeitenbetreuung) zu ermöglichen. Um den Bedarf in Bezug auf erweiterte Betreuungszeiten der Familien zu eruieren, wollen wir ein Modellprojekt starten, in dem ein Betreuungsangebot mit einer stark ausgeweiteten Randzeitenbetreuung umgesetzt wird. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass (Groß-)Tagespflegestellen besser gefördert werden (z.B. durch die Bezuschussung bei Einrichtung und Ausstattung). Um Eltern die Vereinbarkeit von Vollzeitberufstätigkeit und Familie zu erleichtern, soll die bisherige maximale Betreuungszeit von unter Dreijährigen auf bis zu 50 Stunden pro Woche erhöht werden, hierbei ist jedoch neben einer einzelfallbezogenen Bedarfsorientierung stets das Kindeswohl in den Vordergrund zu stellen.

Um Eltern die Suche nach einem Betreuungsplatz zu erleichtern, begrüßen wir die Einrichtung einer zentralen Erfassung und Verwaltung von Betreuungsplätzen und die Nutzung eines online

basierten Anmeldesystems. Zudem werden wir anregen, die Bedarfsprüfung für die Vergabe eines Betreuungsplatzes zu vereinfachen und das bisher bestehende Punktesystem weiterzuentwickeln.

Frühkindliche Bildungsprozesse sind Anschlussprozesse, für deren erfolgreiches Verlaufen gelungene Übergangsgestaltungen immens wichtig sind. Wir wollen die Netzwerkarbeit im Elementarbereich und Primarbereich stärken, um eine bessere Verzahnung von Kitas und Grundschule zu gewährleisten.

Im Rahmen der Ganztagsbetreuung nach dem Schulbesuch wollen wir in jedem Stadtteil eine kostenlose Ganztagsbetreuung vorhalten, indem wir das Hortangebot personell und inhaltlich weiterentwickeln.

Wir wollen der Kinderarmut in Bremerhaven entschieden entgegenwirken und gerechte Teilhabechancen für alle Kinder vorhalten. Das Präventionsnetzwerk der frühen Hilfen wollen wir personell und inhaltlich stärken, um damit Teilhabe- und Kindeswohlsicherung langfristig zu stützen. Hierbei ist in Zukunft ein Hauptaugenmerk auch auf kooperative Angebote für Kinder ab einem Alter von über sechs Jahren zu legen.

Zudem stehen wir dafür ein, dass die bestehenden, klaren Richtlinien zum Kinderschutz konsequent umgesetzt werden, um Kindeswohlgefährdungen vorzubeugen und in akuten Gefährdungslagen schnell Handlungsspielräume zu ermöglichen. Hierzu ist es nötig, die Fallzahlen für Mitarbeiter*innen und Fallmanager*innen im Allgemeinen Sozialen Dienst der Stadt Bremerhaven zu reduzieren. Wir werden zusammen mit der Verwaltung geeignete Maßnahmen entwickeln, um die Arbeitsbelastung der Mitarbeiter*innen einzudämmen und somit die Qualität des Kinderschutzes weiter zu erhöhen. Zudem ist es notwendig, verpflichtende Schulungen von geeigneten Pflegeeltern quantitativ und qualitativ auszubauen.

Wir fordern im Hinblick auf den Ausbau präventiver Anlaufstellen für Familien die finanzielle Sicherheit der eingerichteten Familienzentren herzustellen und die Weiterentwicklung der Qualität durch Weiterbildung und Vernetzung der Fachkräfte vor Ort in den Stadtteilen voranzutreiben. Hierzu ist es unabdingbar eine angepasste Finanzstruktur einzuführen. Wir müssen weg vom festen Jahresbudget, hin zur Finanzierung von mindestens einer Vollzeitstelle je Familienzentrum zur Organisation, Beratung und Unterstützung, hin zur Übernahme von Miet- und Nebenkosten in angemessenem Rahmen sowie hin zur Bereitstellung eines Sachkostenbudgets zur Finanzierung von quartiersbezogenen Projekten. Weiterhin ist der Aufbau neuer Familienzentren voranzutreiben, Bedarf sehen wir insbesondere im Goethestraßenquartier.

Zudem setzen wir uns dafür ein, dass die Beratungsangebote vor Ort ausgeweitet werden und durch die Ansiedlung von Ansprechpersonen der wichtigsten öffentlichen Stellen in den Familienzentren eine ganzheitliche, sozialraumorientierte Beratung und Hilfestellung ermöglicht wird. In diesem Sinn sollen Stadtteilberatungszentren im Rahmen der Familienzentren entstehen.

Um Familien mit Migrationshintergrund und multiplen Hemmnissen besser bei der Integration zu unterstützen, ist das Programm der Kultur- und Sprachmittler sicherzustellen und auszubauen. Wir werden uns dafür einsetzen, die Anzahl eingesetzter Sprachmittler zu erhöhen sowie eine Flexibilisierung der Einsatzmöglichkeiten zu verbessern, so dass beispielsweise auch ein Besuch beim Facharzt begleitet werden kann. Zudem ist die Anzahl an angebotenen Sprachkursen in Bremerhaven auszubauen, denn Sprache ist ein verbindendes Element unter den Kulturen und dient vorrangig der Integration.

Wir werden

- die Qualität in den Kitas weiter erhöhen, die Betreuungszeiten ausweiten und flexiblere Öffnungszeiten anbieten.
- einen kostenlosen Hort-Besuch ermöglichen, um berufstätige Familien stärker zu entlasten und das Hortangebot bedarfsgerecht ausbauen.
- insbesondere Kitas, die Schwerpunkteinrichtung sind, personell umfassender ausstatten, um eine bessere Förderung der Kinder zu ermöglichen.
- die Ganztagsbetreuung in allen Stadtteilen ohne Ganztagschule über Hortplätze sicherstellen.
- das Präventionsnetzwerk personell und inhaltlich stärker ausstatten, um auf Kinderarmut besser reagieren zu können.
- Alleinerziehende weiter durch Projekte und eine verbesserte Kinderbetreuung unterstützen.
- ein kostenloses ÖPNV-Ticket für Schüler*innen umsetzen, damit Mobilität unabhängig vom Einkommen der Eltern möglich wird.
- die Familienzentren finanziell stärken und neue Standorte etablieren.
- dafür sorgen, dass außerschulische Jugendförderung auskömmlich finanziert wird.
- dafür sorgen, dass die Personalausgaben für die Jugendbildungsreferent*innen langfristig gesichert sind, denn die Referent*innen sind ein unverzichtbarer Bestandteil für eine gute Jugendarbeit in Verbänden und Trägern.
- jungen Menschen ein besseres Kultur- und Freizeitangebot bieten.
- ein Jugendcafé in attraktiver Innenstadtlage schaffen, das als Treffpunkt und kultureller Veranstaltungsort dienen soll.
- uns für die Mitbestimmung von jungen Menschen einsetzen, indem wir die Einrichtung eines Jugendparlaments begleiten und fördern.
- Gelder und eine Fläche für ein Sport- und Freizeitgelände im innerstädtischen Bereich bereitstellen. Hierbei sollen zusammen mit den Jugendlichen und verschiedenen Verbänden, Vereinen und/oder Trägern Ideen zum Betreiben von aktuellen Trend- und Fun-Sportarten entwickelt werden. Neben der Freizeitgestaltung sollten die selbstständige Gestaltung und Bewirtschaftung der Anlage durch die Jugendlichen das Ziel sein.
- dafür sorgen, dass die Bedürfnisse junger Menschen bei der Planung und Umsetzung von touristischen Großveranstaltungen stärker berücksichtigt werden.

- die aufsuchende Sozialarbeit „Streetwork“ in den Stadtteilen weiter verstärken, um Jugendlichen Perspektiven aufzuzeigen und so präventiv auch der Kriminalität vorzubeugen.

Wir wollen Barrieren abbauen und Teilhabe im Alltag praktisch umsetzen

Die UN-Behindertenrechtskonvention fordert eine Politik der Inklusion, die die Wertschätzung und Vielfalt aller Menschen betont und besonders die gleichberechtigte, selbstbestimmte Teilhabe der Menschen mit Behinderungen einfordert. Wer inklusiv denkt und handelt, schafft über den primären Nutzen für den Nachteilsausgleich von Menschen mit Behinderungen hinaus einen Mehrwert für alle Menschen in der Stadtgemeinde.

Wir Sozialdemokrat*innen haben uns diesen Anforderungen gestellt: Auf unsere Initiative hin hat die Stadtverordnetenversammlung einstimmig unter dem Motto „Eine Stadt für alle“ einen Teilhabeplan für behinderte Menschen in der Stadt Bremerhaven beschlossen. Diesen Teilhabeplan werden wir alle zwei Jahre fortschreiben. Er bleibt Leitlinie und Richtschnur für die Teilhabe behinderter Menschen in unserer Stadt. Zusammen mit dem Inklusionsbeirat (IBB), der Vertretung behinderter Menschen in Bremerhaven, wollen wir alle zwei Jahre in der Stadtverordnetenversammlung über den Stand der Umsetzung und über die Weiterentwicklung des Teilhabeplans diskutieren und beschließen.

Die Möglichkeiten, die das neue Bundesteilhabegesetz für ein eigenständiges selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderungen geschaffen hat, werden wir in unserer Stadt umsetzen.

Wir wollen mit den Trägern der Werkstätten für behinderte Menschen in Bremerhaven intensiv an der Eingliederung behinderter Menschen in den ersten Arbeitsmarkt arbeiten. Insbesondere unterstützen wir die Initiative zur Gründung von Integrationsbetrieben sowie Integrationsabteilungen in existierenden Betrieben.

Behinderte Menschen sollen selbstbestimmt und ohne Barrieren wohnen und leben können. Dazu werden wir die Stäwog und die Gewoba motivieren, weiteren barrierefreien Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Digitale Medien und Dienstleistungen sind aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Ob man sich mit dem Smartphone durch die Stadt navigieren lässt, die Nachrichten der Tageszeitung durchstöbert, oder über das Tablet E-Mails an Verwandte verschickt. Die digitale Hardware ist wichtig um Kontakte, auch mit Angehörigen, zu pflegen und sich im Internet mit Informationen zu versorgen. Für ältere Menschen stellt diese digitale Welt aber oft eine große Herausforderung dar und die Bedienung der modernen Geräte überfordert viele. Wir wollen der älteren Generation den Zugang zu den digitalen Medien erleichtern und die Ängste davor nehmen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass zukünftig vermehrt entsprechende PC- und Internetkurse an der Volkshochschule, in Seniorengruppen, Begegnungsstätten, Familienzentren und anderen Einrichtungen angeboten werden und stattfinden können.

Wir wollen, dass unser Bremerhaven eine Stadt des barrierefreien Tourismus wird. Dazu werden wir weiter an der Umsetzung der Ziele des barrierefreien Tourismuskonzepts arbeiten.

Neben der Fortsetzung des bewährten Behindertensportfestes wollen wir durch das Projekt Inklusion im Sport (InSpo) die Sportvereine in Bremerhaven dazu motivieren, verstärkt inklusive

Sportangebote in ihren Vereinen zu entwickeln. Im Bereich der Havenwelten wollen wir einen barrierefreien und behindertengerechten Spielplatz schaffen.

Von einer barrierefreien Stadt profitieren alle! Barrierefreiheit ist nicht nur eine Herausforderung für den öffentlichen Raum und kommunale Einrichtungen, sondern schließt auch das private Umfeld sowie die Angebote, Gestaltung und Erreichbarkeit öffentlicher Verkehrsmittel und die ungehinderte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben mit ein. Wir setzen uns dafür ein, wo immer es möglich ist, bauliche Hindernisse abzubauen und bei Bauvorhaben bereits in der Planung auszuschließen. Das ist für uns eine Frage des Respekts vor den Auswirkungen des demografischen Wandels in einer älter werdenden Gesellschaft. Hier ist es unser Ziel, gerade älteren Menschen ein würdevolles Leben und Wohnen in ihrer vertrauten Umgebung, so lange es praktisch umsetzbar ist, zu ermöglichen. Über den Abbau von Barrieren hinaus setzen wir uns dafür ein, die Teilhabe älterer Menschen mit Blick auf deren Expertise zu einem Gewinn für alle zu machen: Dort, wo sich Senior*innen mit der individuellen langjährigen Lebenserfahrung einbringen können, sind sie unabdingbarer Bestandteil einer sich ergänzenden Wertegemeinschaft, von der unsere lebendige Stadtgemeinde profitiert.

Wir wollen unsere Stadt weiterentwickeln – Bauen, Bewahren und Beteiligung als Dreiklang

Für uns Sozialdemokrat*innen ist klar: Stadtentwicklung ist immer auch Stadtteilstärkung. Deshalb werden wir uns auch weiterhin umfassend um unsere Stadtteile und Quartiere kümmern. Um dem Problem von Immobilienspekulanten und der Umwandlung von Wohnraum in Ferienwohnungen zu begegnen, werden wir Instrumente entwickeln, die die Wohnraumentwicklung fördern. Ein Element ist hier der verstärkte Einsatz von Erbbaurechten. Unser Ziel bleibt, die Stadtteile und Quartiere zu stärken, um den Menschen vor Ort Anlaufpunkte für Versorgung, Kultur und soziales Miteinander zu bieten: Die wohnortnahe Basisversorgung der Bevölkerung ist unverzichtbar. Wir werden dafür individuell zugeschnittene Lösungen suchen, passgenau für die jeweiligen lokalen Herausforderungen. Für uns bleibt klar: Wir wollen und werden auch zukünftig die Bürger*innen frühzeitig, umfassend und auf Augenhöhe einbinden.

Bürgerbeteiligung bei der Stadtplanung

Bürgerbeteiligung ist für uns Sozialdemokrat*innen nicht die Erbringung einer gesetzlichen und lästigen Pflichtleistung, sondern Ausdruck des Respekts gegenüber dem Souverän und wichtige Quelle der Inspiration und Erdung städtischer Planungsprozesse. Für uns beginnt die Bürgerbeteiligung deshalb grundsätzlich nicht erst mit einem Magistratsbeschluss und den nach gesetzlicher Vorgabe auszulegenden Bebauungsplänen. Wir wollen eine frühzeitige Beteiligung der Bevölkerung umsetzen. Vor jeder Entwicklung wird zuerst eine Zukunftswerkstatt stattfinden (Modell Rudloffstraße), um Anregungen und Ideen zu sammeln und diese frühzeitig in die Planungen aufzunehmen. Bei der anschließenden öffentlichen Vorstellung der geänderten Pläne wird aufgezeigt, welche Anregungen berücksichtigt wurden und welche finanziellen Mittel für die einzelnen Projekte benötigt werden. Der Beteiligungsprozess setzt sich mit einer zweiten Zukunftswerkstatt fort, in der die Ideen überarbeitet und an den zur Verfügung stehenden Finanzrahmen angepasst werden. Dieser Abstimmung schließt sich ein Magistratsbeschluss an, dem das offizielle Planverfahren und die Auslegungen folgen. Wir werden außerdem bei wichtigen städtebaulichen Vorhaben über Konzeptverfahren nachdenken. Dabei bekommt jene Person ein Grundstück, die für den jeweiligen Ort das beste Konzept entwickelt hat. Das ist zwar zeitaufwendiger und mühsamer für die Ämter und auf den ersten Blick weniger lukrativ. Doch der

Ertrag in städtebaulicher, vor allem aber in sozialer Hinsicht ist bedeutender als ein lediglich auf die Rendite ausgerichtetes Bauen.

Neubau von Kitas

Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, durch Neubauten die dynamischen baulichen Anforderungen an die räumliche Ausgestaltung von dezentralen Kita-Angeboten zu erfüllen. Wo immer dies möglich ist, sollen Neubauten wohnortnah entstehen, um Familien zu unterstützen.

Die Arbeit der Stadtteilkonferenzen begrüßen wir außerordentlich und wollen diese weiterhin unterstützen und die Zusammenarbeit intensivieren, um die Bürgerbeteiligung zu fördern.

Sanierung bestehender Kitas

Viele städtische Kitas in Bremerhaven sind in den 1970er- und 1980er-Jahren entstanden - dementsprechend ist der Zustand der jeweiligen Bausubstanz. Wir setzen uns für ein Programm zur Sanierung der bestehenden Kitas ein. Dazu müssen alle Kitas einer Prüfung unterzogen werden, um eine Sanierungsabfolge festzulegen, unterteilt in Stadtteile nördlich und südlich der Geeste. Wir wollen die Kitas den heutigen Ansprüchen und Anforderungen für die Kinder und Erzieher*innen anpassen. Es ist unser Ziel die städtischen Kitas bis zum Jahr 2025 zukunftsgerecht auszurichten.

Sanierung von Schulen und Schulhöfen

Wir sehen weiteren Sanierungsbedarf bei den Schulen unserer Stadt mit einem Schwerpunkt auf den bestehenden Grundschulen. Dafür werden wir ein Sanierungsprogramm auflegen, um diese umfassend hinsichtlich Gebäudetechnik, energetische Optimierungen und Gebäudesubstanz zu modernisieren, wie dies schon in zahlreichen Maßnahmen umgesetzt wurde. Einen Schwerpunkt bei den Grundschulen sehen wir in der massiven Optimierung im Bereich der Digitalisierung. Wir wollen die Sanierung der Grundschulen unserer Stadt bis 2025 abschließen. Wir wollen die Schulhöfe der Grundschulen in ihrer bisherigen Ausstattung überprüfen und ein neues Schulhofprogramm auflegen. Unser Ziel ist es, die zum Teil stark abweichenden Qualitätsniveaus bei der Schulhofgestaltung anzugleichen: Alle Kinder unserer Grundschulen sollen gleichwertige Spielmöglichkeiten auf den Schulhöfen vorfinden. Das erfordert, ein Sanierungsprofil für jede Grundschule zu erstellen. Die Profile sind in ein Sanierungskataster aufzunehmen, das in Grundschulen nördlich und südlich der Geeste aufgeteilt ist.

Wir werden Bewegungsräume (Sporthallen, Pausenhallen), die den heutigen Anforderungen nicht mehr gerecht werden, neu schaffen. Mehr Bewegung ist im Hinblick auf die Gesundheit der Schülerinnen und Schüler dabei ein wesentlicher Aspekt.

Wir werden das bestehende Sanierungsprogramm für Schultoiletten an allen Bremerhavener Schulen weiter massiv voranzutreiben.

Wir wollen die technische Ausstattung der Bremerhavener Schulen im digitalen Bereich mit Unterstützung entsprechender Programme des Bundes umfassend auf- und ausbauen. Dazu zählen für uns auch die Werkstätten in den Berufsschulen, die eine zeitgemäße Ausstattung vorhalten müssen.

Wir wollen auch an den berufsbildenden Schulen umfassende Sanierungsmaßnahmen vornehmen: Mit Blick auf dynamische Veränderungen auch in den berufsschulischen Anforderungen an angemessen ausgestatteten Lernräume, wollen wir die technische Ausstattung umfangreich neu ausrüsten. Für uns haben unsere berufsbildenden Schulen einen hohen Stellenwert, um Industrie- und Handwerksberufe attraktiv für junge Menschen anbieten zu können.

Infrastruktur: Straßen

Für uns genießt die Infrastruktur der Verkehrsnetze in unserer Stadt einen hohen Stellenwert. Wir wollen die Straßen umfassend auf zukünftige Verkehrsanforderungen ausrichten. Wir setzen uns deshalb für ein stadtweites Sanierungsprogramm von Straßen ein und werden das Straßensanierungskataster fortsetzen. Neben anderen Straßen besteht u.a. an der Melchior-Schwoon-Straße, am Elbinger Platz und in der Borriesstraße in Höhe Berliner Platz umfassender Sanierungsbedarf. Wir wollen die Nord-Süd-Verkehrsbeziehungen unserer Stadt auf der Columbusstraße, unter Berücksichtigung der Einrichtung eines sicheren Fuß- und Radweges auf beiden Fahrbahnseiten (Spurrückbau), neu planen und hierbei die Bebauung der Innenstadt im Bereich des ehemaligen Finanzamtes Bremerhaven berücksichtigen. Wir setzen uns dafür ein, ein Nachtfahrverbot für Schwertransporte und Nutzfahrzeuge auf der Barkhausenstraße einzurichten.

Infrastruktur: Rad und ÖPNV

Immer mehr Menschen geben dem Fahrrad Vorrang bei Fahrten und Transporten auf kurzen und mittleren Strecken in unserer Stadt. Das zeigt sich in einem deutlich wahrnehmbarem Plus an Radfahrerinnen und Radfahrern in unserer Stadt. Wir wollen hier einen Schwerpunkt setzen und die Fahrradtrasse Nord-Süd weiter ausbauen: Diese wird dann von Wulsdorf über das Schaufenster Fischereihafen und den Elbinger Platz, mit einer Abzweigung über die Kennedybrücke und einer weiteren Trasse entlang der Elbestraße über Lehe in den Norden unserer Stadt führen.

Für uns ist das Ziel, dass in Bremerhaven die Innenstadt, der Norden und der Süden komfortabel und sicher mit dem Fahrrad zu erreichen sind. Bis spätestens 2021 wollen wir die Gesamtplanungen abschließen und mit der Umsetzung begonnen haben. Dabei sollen Empfehlungen mit aufgenommen werden, um Unfallrisiken im Straßenverkehr zu vermeiden. Die Errichtung von Fahrradständern in den Stadtteilen wollen wir weiter fortführen.

Wir wollen das Radfahren in unserer Stadt attraktiver gestalten und dazu bereits begonnene Maßnahmen fortführen: Dazu wollen wir ein Programm zur Sanierung der Radwege bis auf die Ebene der Stadtteile entwickeln. Wir setzen uns für ein Gefahrenstellen-Register ein, das mindestens halbjährlich auf Erledigung geprüft wird. Wir werden eine Prioritätenliste für den Bau neuer Radwege und eine Liste für die Ausweisung von farblich markierten Fahrradwegen erstellen und verbindliche Reinigungsintervalle für Radwege festlegen.

Für uns hat ein moderner öffentlicher Personennahverkehr einen hohen Stellenwert. Wir werden deshalb weiterhin in die Modernisierung der Busflotte investieren. Mit Blick auf die im Wandel begriffenen Linienführungen wollen wir nach der Einrichtung einer neuen Buslinie Fischereihafen-Innenstadt über den Hauptbahnhof eine zweijährige Testphase für eine Buslinie Wulsdorf/Surheide/Klinikum Bremerhaven-Reinkenheide einrichten. Die Stadtteile benötigen eine direkte Anbindung an die Einkaufsmöglichkeiten im Stadtsüden und zur ärztlichen Versorgung im Klinikum Bremerhaven. Für uns Sozialdemokrat*innen hat es einen hohen Stellenwert, dass ältere Menschen so lange wie möglich in ihrem gewohnten Umfeld leben können.

Demografische Ausrichtung und Barrierefreiheit

Wir wollen die Infrastruktur unserer Stadt den demografischen Anforderungen anzupassen. Entsprechend sind alle noch nicht barrierefrei ausgerichteten ÖPNV-Haltestellen in dieser Hinsicht nachzurüsten und neue Haltestellen grundsätzlich barrierefrei zu erstellen. Bei Straßensanierungen und Straßenneubauten sind die Bordsteinkanten an Überwegen grundsätzlich barrierefrei zu errichten. Signalanlagen sind barrierefrei aus- oder umzurüsten. Die Beleuchtung des öffentlichen Raumes in den Stadtteilen wollen wir mit dem Ziel überprüfen, ob durch Austausch eine bessere Ausleuchtung erreicht werden kann. In den Stadtteilen werden wir zusätzliche Bänke als Ruhemöglichkeit aufstellen.

Die einzelnen Stadtteile weiterentwickeln

Wir Sozialdemokrat*innen haben in den vergangenen Jahren viel für die Stadtteile erreicht: In Lehe wird das Kistnergelände endlich bebaut und im Goethequartier sind deutliche Fortschritte und ein neuer Aufbruch nachhaltig spürbar. In Geestemünde entfaltet das Projekt „Geestemünde geht zum Wasser“ Impulse, in Wulsdorf entsteht ein neues vitales Zentrum – nur wenige von vielen möglichen Beispielen.

Bei allen Fortschritten wollen wir aber nicht nachlassen, alle Stadtteile unserer Stadt weiterzuentwickeln und zu stärken. Den Stadtteil Lehe wollen wir mit einem gesonderten Entwicklungsprogramm für den Bereich Klushof unterstützen. Den Bereich Hafestraße/Auestraße/Werftstraße wollen wir als Sanierungsgebiet sichern und städtebaulich weiterentwickeln. Die Hafestraße ist für die weitere Entwicklung des Stadtteils Lehe unverzichtbar: Wir wollen hier weitere nachhaltige städtebauliche Maßnahmen initiieren, um eine Ansiedlung attraktiver Einzelhändler und Gewerbetreibender zu ermöglichen.

Der **Stadtteil Wulsdorf** hat im Gebiet Soziale Stadt Wulsdorf im Bereich Ringstraße eine hervorragende Entwicklung gemacht. Diesen Schwung wollen wir in weitere Bereiche Wulsdorfs aufnehmen. So ist der Stadtteil in seiner Entwicklung durch die von uns initiierte Neuaufstellung Wulsdorf Mitte im Kreuzungsbereich Lindenallee/Weserstraße und Warrings-Gelände gut positioniert. Hier soll es zudem für Fußgänger*innen, Radfahrer*innen und PKW durch die Grodenstraße eine Öffnung, hin zum Fischereihafen geben. Für uns sind weitere städtebauliche Maßnahmen und Förderungen im gesamten Stadtteil Wulsdorf wichtig. Wir wollen die geplanten Maßnahmen Soziale Stadt im Wulsdorfer Norden/Dreibergen von der Fichteschule bis zum Friedhof Wulsdorf/Weserstraße umsetzen.

Surheide benötigt Bauprojekte, die den Bürger*innen dort ermöglichen, weiterhin im Alter in ihrem Stadtteil wohnen zu können. Hier werden wir mit der STÄWOG weitere Wohnprojekte mit den Menschen in Surheide entwickeln und auch auf eine gute ÖPNV-Anbindung hinwirken.

Der Stadtteil Grünhöfe hat mit dem Freibad Grünhöfe ein Alleinstellungsmerkmal, das für uns unverzichtbar ist. Das Freibad Grünhöfe ist weiterzuentwickeln und in seiner Infrastruktur zu stärken. Für den Ortskern, das Freibad und den Sportverein mit Sportplatz wollen wir die Zuwege stadtplanerisch verbessern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Boschstraße eine Tempo 30-Straße wird.

Im **Stadtteil Geestemünde** wird die Neuplanung des Elbinger Platzes von der Georgstraße bis zur Borriesstraße als wichtige Infrastrukturmaßnahme mit der kompletten Neuausrichtung der Verkehre für Kfz, ÖPNV und Fahrrad umgesetzt. Den Bereich

Klußmannstraße/Ulmenstraße/Ellhornstraße, inklusive der „Geestemünder Brache“ werden wir städtebaulich entwickeln. Wir setzen die, im Projekt „Geestemünde geht zum Wasser“, angelegten Entwicklungen fort. Die bessere Durchlässigkeit von Ost nach West hin zum Wasser ist wichtig für uns. In diesem Zusammenhang kommt dem, von Sozialdemokrat*innen angestoßenen, Projekt Werftquartier große Bedeutung zu. Dieses große Gebiet, in dem es neben Brachen auch gut funktionierende Betriebe gibt, wird sich von den Havenwelten in der Innenstadt grundlegend unterscheiden. Es wird aber die Stadt insgesamt stärker mit dem Wasser, unserem größten Kapital, verbinden. Dort wird es im Bereich am Handelshafen mit einem Entwicklungsgebiet für das Alfred-Wegener-Institut einen wissenschaftlichen Campus geben, den wir als SPD unterstützen, weil es die Entwicklung der Wissenschaft in Bremerhaven voranbringt. Das Werftquartier wird aus unserer Sicht aber nicht nur ein neues Wohnquartier, sondern vereint Arbeiten, Produzieren, Freizeit und Wohnen mit einem intakten und betriebsamen Hafen. Wir unterstützen die Pläne, Bremerhaven gemeinsam mit der Stadt Bremen und dem Land Bremen an einer Internationale Bauausstellung (IBA) zu beteiligen.

Im **Stadtteil Mitte** werden wir die Umsetzung der weiteren Entwicklung der Innenstadt mit der Bebauung und Neugestaltung des Areals nördlich des Columbus Center (Finanzamt/Neelmeyer-Gebäude/Parkplatz neben Karstadt) abschließen. Diese ist mit einer neuen Straßenplanung der Columbusstraße abgestimmt. Weiterhin werden wir das Areal von der Lloydstraße entlang der Barkhausenstraße in einen städtebaulichen Rahmenplan aufnehmen, um das innerstädtische Gebiet Rudloffstraße weiterzuentwickeln. Die noch in städtischem Besitz vorhandenen historischen Hafenhallen werden wir in ihrer Bausubstanz sichern. Hierzu ist ein neues Nutzungskonzept zu erstellen. Die Fußgängerzone bedarf einer weiteren intensiven Pflege, hier wollen wir vor allem Baumaßnahmen, u.a. im Bereich Gehwege und Bodenbeleuchtungskörper vornehmen. Vor allem wollen wir den in einigen Bereichen vorhandenen Leerstand intensiv angehen.

Leherheide und der Stadtnorden benötigen eine Weiterentwicklung des Stadtteils. Wir werden den Speckenbütteler Park im Bereich seiner Teiche an der Parkstraße in seiner Parkstruktur wieder in seiner historischen Ausrichtung der Wege und Kleinbrücken zu entwickeln. Die von uns im Entwicklungsvorschlag zur Neugestaltung der „Neuen Aue“ geplante Naturschule werden wir am vorgesehenen Standort umsetzen. Wir halten an den bereits in Planung befindlichen Straßensanierungen fest und treiben diese mit Nachdruck voran. Die neue Leherheider Mitte werden wir behutsam ausbauen.

Weitere Tempo 30-Zonen in Wohnbereichen halten wir für sinnvoll. Hier werden wir zusammen mit betroffenen Anwohnern konkrete Vorschläge erarbeiten und auf den Weg bringen. Wir setzen uns dafür ein, dass ein altersgerechtes Wohnen im stetig wachsenden Stadtteil Leherheide auch zukünftig möglich ist. Dazu gehören, neben der Erschließung von Neubaugebieten für junge Familien, auch der Bau von seniorenrechten Wohnungen und der Umbau vorhandener Immobilien. Wir wollen die durch den Tunnelbau freiwerdenden Oberflächen, da wo es möglich ist, ökologisch gestalten und aufwerten. Diese freien Flächen bieten die Möglichkeit, der Natur und den Anwohnern mit Blühwiesen und parkähnlichen Anpflanzungen entgegenzukommen. Mit grünen Maßnahmen werden wir die Wohnqualität in diesen Bereichen verbessern.

Stadtplanung und städtebauliche Begleitung durch die STÄWOG

Für uns ist die Städtische Wohnungsbaugesellschaft (STÄWOG) für die Umsetzung städtebaulicher Projekte in den einzelnen Stadtteilen unverzichtbar. Eine, auch anteilsweise, Veräußerung der STÄWOG ist für uns ausgeschlossen und mit unseren Leitlinien einer insbesondere im Bereich der

unmittelbaren Daseinsvorsorge verlässlich aufgestellten Stadt unvereinbar. Wir werden die STÄWOG auch zukünftig weiter ausbauen und personell verstärken, um unser städtisches Unternehmen noch intensiver für Entwicklungen von Immobilien und städtebaulichen Projekten in den einzelnen Stadtteilen einzusetzen. Hierzu gehört für uns auch weiterhin die Sanierung von Altbauimmobilien in Zusammenarbeit mit erfahrenen kommunalen Partnern aus der Immobilienbranche.

Quartiermeister*innen in weiteren Stadtteilen

Die Arbeit der Quartiersmeister*innen in Lehe, in der Alten Bürger und in Geestemünde hat sich für uns so bewährt, dass wir diese auf weitere Stadtteile übertragen wollen. Wir wollen die Quartiersmeister*innen für die Stadtteilentwicklung einsetzen: Entsprechend wollen wir auch in den Stadtteilen Leherheide, Mitte, Grünhöfe, Surheide und Wulsdorf neue Quartiermeister *innen einsetzen, die eng mit den Bereich Bau- und Stadtentwicklung zusammenzuarbeiten müssen.

Sicherung und Wiedererstellung historischer Bausubstanz und Erhalt der Parkanlagen

Als Folge der massiven Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs und dem anschließendem Wiederaufbau sind in den Stadtteilen Mitte und Geestemünde kaum Gebäude erhalten geblieben. Für uns ist es daher wichtig, dass die sich in städtischer Hand befindlichen Gebäude in ihren ursprünglichen historischen Außenfassaden wiederhergestellt werden. Wir wollen die noch vorhandene bauliche Stadthistorie stärken und die historischen Bezüge und Hintergründe für die Bevölkerung und die touristischen Gäste durch ein kostengünstiges Informationssystem mit Schautafeln (wie beispielsweise auf dem Campus der Hochschule) sichtbar machen. Wir setzen uns dafür ein, das ehemalige „Zollhaus“ an der Geestebrücke wieder denkmalgerecht in seinen Ursprungszustand zu versetzen. Das Brückenwärterhäuschen wollen wir sanieren und unter Denkmalschutz stellen. Die ehemalige durch Kriegseinwirkung zerstörte Giebelfront des Polizeireviers Geestemünde (früher kaiserliche Post) wollen wir ebenso wiederherstellen wie den ehemaligen Platz am Ende der Klußmannstraße. Weiterhin wollen wir die noch in städtischem Besitz befindlichen historischen Hafenhallen an der Rudloffstraße wieder herrichten und in ihrer Substanz sichern. Wir wollen den „Petroleumschuppen“ sanieren und damit auf dessen Fläche auch eine Unterbringungs-Option für die Ausstellung des Nachlasses von Freddy Frinton schaffen, um diese zusätzliche Attraktion mit dem nahen Einzugsgebiet der „Alten Bürger“ und dem „piccolo teatro“ zu vernetzen. Im Modellprojekt „die theo“ sehen wir ein Musterbeispiel, wie mit kommunalen Arbeitsmarktträgern erfolgreich Bauprojekte umgesetzt werden können. Zur Unterstützung wollen wir Mittel aus den Arbeitsmarktprogrammen des Bundes einwerben.

Gerade in den Stadtteilen, wo noch historische Bausubstanz vorhanden ist, stellt das dazugehörige Straßenpflaster für uns einen wichtigen optischen und kulturhistorischen Aspekt dar. Viele Anlieger*innen, gerade in reinen innerstädtischen Wohngebieten, legen oftmals großen Wert auf dessen Erhalt. Die Wiederherstellung des Kopfsteinpflasters hat daher für uns Vorrang vor einem Straßenbelag aus Asphalt. Wir wollen dort, wo innerstädtische Plätze objektiv verwahrlost sind, neue Gestaltungen voranbringen. Den Abriss von historischer, in städtischer Hand befindlicher Bausubstanz – ganz gleich, ob im Wohn-, Arbeits- oder Industriebereich, werden wir auch weiterhin nur mit dem Zustimmungsvorbehalt der zuständigen Fachausschüsse und einem entsprechenden Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zulassen. Dabei bildet die Datei der Bremerhavener Objekte des Landesamtes für Denkmalschutz die Grundlage für politische Entscheidungen. Die bestehenden Parkanlagen Bürgerpark, Stadtpark, Saarpark und Speckenbütteler Park wollen wir weiterhin erhalten und in ihrer Attraktivität sichern und ausbauen.

Schaffung weiterer Baugebiete für Einfamilienhäuser

Als eine Facette einer wachsenden Stadt gibt es in Bremerhaven eine wachsende starke Nachfrage nach Bauplätzen für Einfamilienhäuser. Wir werden auch weiterhin darauf drängen, dass entsprechende Flächen unter Berücksichtigung ökologischer Anforderungen ausgewiesen werden. Den Bedarf von rund 200 zusätzlich benötigten Baugrundstücken anerkennend, werden wir zusätzlich zu den sich in der Umsetzung befindlichen Baugebieten weitere neue Wohngebiete ausweisen. Wir werden dazu auch die Entwicklung der Flächen Gaußstraße und Karlsbader Straße vorantreiben. Dabei wollen wir darauf achten, nicht nur den klassischen Einfamilienhausbau, sondern interessanten verdichteten und sozialbezogenen Einfamilienhausbau zu fördern.

Wir wollen den Umwelt- und Klimaschutz nachhaltig verbessern

Wir Sozialdemokrat*innen werden auch in Zukunft ganz besonderen Wert auf die Umsetzung umfassender Maßnahmen zur Verbesserung von Umwelt- und Klimaschutz in Bremerhaven legen.

Die Umsetzung von Naturschutzprojekten im Fehrmoor, als letztem Hochmoor im Lande Bremen, werden wir weiter vorantreiben. Es ist ein einzigartiger Landschaftsraum mit herausragender Bedeutung, nicht nur für Amphibien und Reptilien, sondern auch für zahlreiche Pflanzen. Natürliche und naturnahe Moore besitzen als Kohlenstoffsenken eine große Bedeutung für den Klimaschutz, indem organisches Material im Torf angereichert und aufgrund des wassergesättigten Bodens und der sauren Bedingungen dauerhaft eingelagert wird. Moore nehmen mehr CO₂ auf, als sie abgeben. Unser Ziel ist der Schutz der wertvollen Bereiche des Fehrmoores als Habitat seltener Tiere und Pflanzen. Dennoch ist es uns wichtig, diesen besonderen Lebensraum der Öffentlichkeit für die Naherholung und Wissensvermittlung zugänglich zu machen. Die Besonderheiten des Moores wollen wir der Öffentlichkeit mittels eines barrierefreien Moorerlebnispfades zugänglich machen.

Der Bereich Fehrmoor-Ost (zwischen dem verlängerten Fehrmoorweg und der BAB 27) weist ebenfalls moortypische Lebensräume auf. Inzwischen sind dort wieder zahlreiche Sträucher und Bäume gewachsen. Vor einer erneuten Entnahme der Gehölze zur Schaffung einer offenen Moorfläche streben wir die Optimierung des Wasserstandes in diesem Gebiet an. Durch einen konstant hohen Wasserstand kann der Moorkörper bewahrt und der Gehölzwuchs unterbunden werden.

Wir wollen noch mehr Natur in unserer Stadt sichern. Dazu werden wir das bisherige Landschaftsschutzgebiet „Rohrniederung“ in ein Naturschutzgebiet umwandeln. Ergänzend sollen weitere Flächen als Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen werden und zwar die Gebiete „In den Plättern“ in Leherheide, die Restmoorflächen zwischen der Autobahn und Leherheide, die Moorflächen bei Surheide, die Wildwuchsfläche zwischen der Cherbourger Straße und der Wurster Straße und der Weserportschutzwald zwischen dem Eckernfeld und der Neuen Aue. Außerdem setzen wir uns dafür ein, das Naturschutzgebiet „Weserportsee“ zu renaturieren.

Den „Thieles Garten“ mit seinem wertvollem Bewuchs, den denkmalgeschützten Skulpturen, dem Haus im maurischen Stil und seinem originalen Zugang am Mecklenburger Weg wollen wir als umfriedeten Kulturschatz, nach den alten Plänen der Künstlerfamilie Thiele, weiterhin für die Öffentlichkeit zugänglich halten. Den Förderverein unterstützen wir dabei weiterhin bei dieser Arbeit.

Im Entwicklungsgebiet „Neue Aue“ wollen wir bei den ökologischen Verbesserungsmaßnahmen

eine große Fläche für einen zweiten Bürgerhain vorsehen. Zweck dieser Fläche ist, dass Einwohner*innen unserer Stadt und Menschen mit Bezug zu Bremerhaven Bäume zu privaten Anlässen pflanzen können, um einen Beitrag zur CO₂-Einsparung zu leisten.

Ebenso wie im Gebiet Twischkamp/Neue Aue wollen wir auch in einigen anderen Stadtrandgebieten, wie beispielsweise Buschkämpen oder Reinkenheide, mit Blick auf verlassene Parzellengrundstücke, Konzepte entwickeln. Ziel dieser Konzepte muss sein, auf diesen vielen unansehnlichen Flächen einen besseren Übergang von freier Natur in die Stadt zu realisieren und diese als Ausgleichsflächen zu nutzen.

Die Lebensbedingungen für Flora und Fauna in der nördlichen Geesteniederung wollen wir optimieren. Die nördliche Geesteniederung ist eine große, weitgehend zusammenhängende, von Gräben durchzogene Grünfläche mit einem noch hohen ökologischen Aufwertungspotential. Wir wollen Maßnahmen priorisieren, die ein automatisiertes Wassermanagement und eine Verbesserung der Gewässergüte in den Gräben sowie eine standortangepasste Nutzung vorsehen. Dazu wollen wir im Rahmen von Kompensationsmaßnahmen, die Spadener Marktfleth naturnäher umgestalten und den Geeste-Nebenarm „Ackmann“ wieder östlich des Gebietes Ackmann an die Geeste anbinden. Die grünen und großzügigen Park-, Friedhofs- und Kleingartenanlagen sowie freie grüne Flächen (beispielsweise der Zollinlandplatz in Lehe) sind für uns Sozialdemokrat*innen in ihrer Qualität und Quantität für den wichtigen kleinteiligen Klimaschutz in unserer Stadt unbedingt zu erhalten.

Wir setzen uns dafür ein, Möglichkeiten zur weiteren Begrünung (beispielsweise Baumpflanzungen rund um den Theodor-Heuss-Platz) in den neuen Entwicklungsgebieten wie „Rudloffstraße“ und „Werftquartier“ am Rande von Geestemünde zum Fischereihafen als Beitrag zum Kleinklimaschutz zu ergreifen. Bei der Ausweisung neuer Baugebiete, wie beispielsweise auf dem „Ackmann“, werden wir durch Bebauungspläne oder Gestaltungssatzungen sicherstellen, dass keine Vorgärten mit Schotter und Steinen versiegelt und die Grundstücke nicht mit hohen Mauern und Lattenzäunen, sondern durch Hecken und Gebüsche begrenzt werden.

Die Erstellung eines Brachflächenkatasters wollen wir voranbringen. Das Brachflächenkataster bietet die Grundlage für die Erfassung von Gewerbe- und Industriebrachen sowie eine Bewertung ihres Nutzungspotentials. Mit der Übersicht über das Innenpotenzial können einerseits geeignete Standorte für Investoren angeboten und andererseits Verbesserungen der Baulandmobilisierung erreicht werden. Weiterhin erhält Bremerhaven eine Übersicht über Flächen, die aus ökologischen Gründen nicht wieder entwickelt werden sollten. Das digitale Brachflächenkataster ist ein wirksames Instrument zur Optimierung des Flächenmanagements im Rahmen von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in unserer Stadt.

Zur weiteren Verbesserung des Klimaschutzes in Bremerhaven, wollen wir für die „Alte Bürger“ ein energetisches Quartierskonzept mit dem Schwerpunkt Sanierung integrativ erarbeiten, um den Straßenzug „Alte Bürger“ langfristig in ein nachhaltig energetisch versorgtes und bewirtschaftetes Stadtteilzentrum („Klimameile Alte Bürger“) zu wandeln.

Der Primärenergiebedarf und die CO₂-Emissionen, welche auf der Klimameile verursacht werden, sollen durch eine aktive Einbindung der Anwohner*innen und Eigentümer*innen mittels der gemeinsamen Entwicklung innovativer und effizienter Versorgungssysteme erheblich reduziert werden. Wir streben eine Förderung von energetischen Sanierungskonzepten für das Quartier an. Im Rahmen der Klimaanpassungsstrategie soll eine stadtgebietsweite Bewertung von Überflutungsgefährdung in Bremerhaven erfolgen. Wir wollen Leitlinien zur Berücksichtigung der

Klimaanpassung in formellen und informellen Planungs- und Entscheidungsprozessen entwickeln.

Wir werden uns auch weiterhin gegenüber dem Bund für die Verbesserung des Lärmschutzes an Eisenbahnstrecken und Autobahnen einsetzen. Das kommunale Finanzierungsprogramm zum Lückenschluss im Lärmschutz an der die Stadt querenden Eisenbahnstrecke werden wir weiter fortführen.

Die Umstellung auf energiesparende LED-Technik in allen öffentlichen Bereichen wollen wir weiter forcieren. Wir wollen umfassende Anreize zur Nutzung von Elektromobilität und erneuerbarer Energien im Stadtraum schaffen, dazu gehören auch Anreize zur Nutzung von Fernwärme. Die Stadtverwaltung geht mit gutem Beispiel voran, indem sie ihren Fuhrpark schrittweise auf Elektro- und Wasserstoff-Antriebe umstellt.

Die Deponie „Grauer Wall“ soll auch in Zukunft in transparenter Form im Dialog mit den Anwohner*innen, mithilfe des eingesetzten Deponiebeirats, einer dauerhaften Begleitung unterzogen werden.

Zur Stärkung eines umweltfreundlichen Fahrradverkehrs wollen wir neu begrünte Strecken abseits von den Hauptverkehrsstraßen schaffen, die auch von Fußgängern genutzt werden. Wir setzen uns mit Nachdruck für die Schaffung eines Grünzuges von der Geeste, über den Saar- und Stadtpark, mitten durch den östlichen Bereich Lehe, bis zum Flötenkiel ein. Den Geestewanderweg, von der ehemaligen Unterweserwerft, über das Kistnergelände, zum Geestheller Damm, zum Anschluss an das Teilstück vom Arbeitsamt in Richtung Süden, werden wir fortsetzen. Die Schaffung eines Rad- und Fußweges vom Schaufenster Fischereihafen in Richtung Bohmsiel werden wir voranbringen. Die Realisierung solcher Strecken ist aus unserer Sicht ein wichtiger Beitrag, den umweltfreundlichen Umstieg vom Auto auf das Fahrrad zu erleichtern.

Tierschutz geht uns alle an

Die Bremerhavener SPD wird sich weiterhin für eine artgerechte Tierhaltung und für das Tierwohl einsetzen.

Der Ausbau der Ernährungsbildung in unseren Kindergärten und an unseren Schulen ist ein wichtiger Baustein, um positiv auf die Konsumgewohnheiten der Kleinsten einzuwirken, Lebensmittelverschwendung zu vermeiden und nachhaltigen Konsum zu lernen. Es soll nicht sein, dass unsere Kinder ständig mit Bildern von Tieren, Bauernhöfen und Almhütten konfrontiert werden, aber die Realitäten der Lebensmittel Fabriken nicht kennen. Eine vermehrte Auseinandersetzung mit tierethischen Fragen und Tierpolitik im Schulunterricht ist daher dringend notwendig. In den Schulen und Kitas wollen wir zudem Kochunterricht/ Unterricht fördern, in dem vegetarische und vegane Angebote gleichberechtigt neben anderen stehen.

Als SPD werden wir unsere vielen Grünanlagen und die geplanten und ausgewiesenen Landschaftsschutzgebiete, wie das „Fehrmoor“, „In den Plättern“, „Luneplate“ und auch den Bereich „Neue Aue“ ökologisch und insbesondere mit dem Blick auf die Tier- und Pflanzenwelt weiter aufwerten. Das Nebeneinander von Wohnbebauung und naturbelassener Flächen macht Bremerhaven besonders lebenswert.

Diese grünen Bereiche sind wertvolle Schätze, die vielen Wildtieren auch als wichtige Schutzräume dienen. Diese grünen Schutzräume für Wildtiere rund um Bremerhaven werden wir ökologisch und mit Rücksicht auf die Natur, auch als Naherholungsgebiete für die Menschen weiter aufwerten.

Nachfolgende Generationen, auch die vielen Tierhalter, sollen sich in einer grünen, klimafreundlichen Stadt wohlfühlen und hier gerne wohnen.

Wir werden ausgewiesene „Freilaufflächen“ für Hunde beibehalten und nicht einschränken. Das Aufstellen von Abfallbehältern und Stationen mit Beuteln an den stark frequentierten Freilaufflächen ist dabei obligatorisch.

Wir wollen vermehrt monotone Rasenflächen in blühende Blumenwiesen und damit in großzügige Lebensräume für Bienen und andere Insekten verwandeln. Hier wollen wir für ausgewiesene Blühwiesen Patenschaften für interessierte Bürger*innen anbieten.

In den vielen Grünanlagen werden wir deutlich mehr Rückzugsgebiete für Insekten und andere Kleintiere sowie Nistmöglichkeiten für heimische Vogelarten schaffen. Wir wollen, dass in unseren Parkanlagen zukünftig weniger geforstet wird und Reisighecken sowie lose Strukturen von Büschen und Totholz Wildtieren, in den Nebenräumen der Parkanlagen, zugutekommen.

Wir werden uns weiterhin für eine bedarfsgerechte, finanzielle Unterstützung des Tierheims einsetzen. Sichergestellte, abgegebene und auch ausgesetzte Tiere brauchen besondere Pflege und Zuwendung. Wir begrüßen die Initiativen einzelner Personen und Vereine außerordentlich, die sich dieser Tiere annehmen und in der Regel auch in Pflegestellen unterbringen.

Auch in Bremerhaven nimmt die unkontrollierte Vermehrung von Katzen immer weiter zu, was zu großem Tierleid und zu einem schweren Eingriff in das heimische Ökosystem führt. Zigtausende kleine, seltene Wildtiere und Vögel werden kontinuierlich Opfer nicht nur von Hauskatzen, sondern vermehrt auch von wild lebenden Katzen. Diese Tiere werden wild geboren, mit wenigen Überlebenschancen, um dann Zeit ihres Lebens zu leiden.

Viele Tierhalter*innen kastrieren ihre Tiere bewusst oder fahrlässig nicht und unterschätzen damit die ökologischen Schäden und Leiden in der Tierwelt. Wir wollen die Kastrationspflicht für frei laufende Katzen und Kater mit Nachdruck, mehr in das Bewusstsein der Tierhalter bringen.

Wir wollen ebenso eine grundsätzliche Kennzeichnungspflicht (Chippen) für Hunden und Katzen einführen, um eine Rückkehr zu den Halter*innen zu ermöglichen und das verbotene Aussetzen von Tieren zu verhindern oder gar den Missbrauch an Tieren verfolgen zu können.

Zusammen mit den Tierschutzverbänden und -vereinen wollen wir Probleme und Ideen aufgreifen und gemeinsam ein Konzept erstellen, um die artgerechte Haltung der Tiere in unserer Stadt weiter zu verbessern.

Für ein starkes Miteinander – Bremerhaven geht nur demokratisch

Wir sind in Bremerhaven stolz auf unsere Vielfaltigkeit und Weltoffenheit. Aus den schrecklichen Erfahrungen der NS-Herrschaft wurde unsere Stadt aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs durch die Hände vieler Bremerhavener*innen wieder aufgebaut. Der Zusammenhalt der Bürger*innen und eine Politik des Aufbaus und der Aussöhnung waren und sind die Basis einer demokratischen Stadtgesellschaft.

Hass und Populismus, die Herabwürdigung unserer gemeinsamen demokratischen Werte gefährden den Frieden in unserer Stadt. Bremerhaven, wie wir Sozialdemokrat*innen es lieben,

will allen Bürger*innen eine lebens- und liebenswerte Stadt sein und Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten für alle bieten. Wir wollen eine Stadt, die sich seine Vielfältigkeit weiter bewahrt und positiv nutzen kann. Wir wollen dazu beitragen, die dafür notwendige Basis aus Zusammenhalt und Gemeinsamkeiten zu erhalten und auszubauen.

Deswegen stehen wir an der Seite derer, die sich für unsere freiheitliche Weltoffenheit stark machen. Wir ächten alle Formen von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Islamophobie, Sexismus und alle anderen Formen von Hass und Hetze, die unseren sozialen Frieden bedrohen.

Wir werden

- den Dialog mit allen demokratischen Kräften und Religions- und Wertegemeinschaften weiterführen.
- an Schulen neue Formen des Politik- und Werteunterrichts ausbauen und fördern.
- die außerschulische politische Jugend- und Bildungsarbeit weiter stärken.
- in allen Stadtteilen interkulturelle Begegnungsorte schaffen.

Wir wollen Sicherheit für alle – Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste gut ausstatten

Wir Sozialdemokrat*innen treten dafür ein, dass Sicherheit keine Privatsache, sondern eine wichtige Grundlage für jede Gemeinschaft und Aufgabe der staatlichen Ordnung ist. Wir setzen uns für eine an den Bedarfen unserer Stadt orientierte, auskömmliche Zahl an Mitarbeiter*innen bei der Polizei, der Feuerwehr und dem Rettungsdienst ein.

Wir werden

- unsere eigenständige Bremerhavener Polizei weiter stärken und das Land dazu drängen, die Zielzahl auf mindestens 520 Stellen zu erhöhen.
- die personelle und technische Ausstattung der Polizei, der Feuerwehr und des Rettungsdienstes bedarfsgerecht und zukunftsfest ausbauen und dafür sorgen, dass die hierfür erforderlichen finanziellen Rahmenbedingungen auskömmlich gestaltet werden.
- eine weitere Feuerwache im Norden der Stadt einrichten.
- die Sauberkeit in der Stadt verbessern, indem wir das Bürger- und Ordnungsamt besser ausstatten und Müllsünder*innen stärker verfolgt und bestraft werden.
- Angst-Orte in der Stadt nachhaltig beseitigen.
- Videoüberwachung vorerst nur an ausgemachten Kriminalitätsschwerpunkten einführen

Seit Jahren steigt die Zahl der verbalen und körperlichen Angriffe auf Einsatzkräfte. Während sie Leben retten – insbesondere bei der Feuerwehr und den Rettungsdiensten – müssen die Einsatzkräfte verstärkt mit Angriffen gegen sich rechnen. Wir ächten jede Form von Gewalt,

insbesondere jene, die sich gegen Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten richtet. Wir fordern die konsequente Ermittlung gegen Täter*innen und eine entschlossene Strafverfolgung und Bestrafung. Gerade bei den Feuerwehren und Rettungskräften leisten viele Bürger*innen ihren Dienst ehrenamtlich: Wir erkennen diese, dem Gemeinwohl dienende, Arbeit an und sind solidarisch mit den ehrenamtlichen und hauptamtlichen Einsatzkräften. Diese Arbeit ist ein wichtiger Faktor für ein gutes Zusammenleben und ein harmonisches Miteinander der Menschen in unserer Stadt. Für uns Sozialdemokrat*innen bedeutet Solidarität, dass Menschen geholfen wird, die Hilfe benötigen. Wo Menschen heutzutage lieber filmen, als zu helfen, wo Hilfe behindert wird, fordern wir die entschlossene Verfolgung und Bestrafung der Täter*innen. Wer anstatt Hilfe zu leisten, diese behindert, muss verfolgt werden.

Wir setzen uns ein für eine personalstarke, gut ausgestattete sowie gut organisierte Polizei, die alle Menschen in unserer Stadt vor Kriminalität und Gewalt und deren Ursachen schützt. Wer in Bremerhaven lebt, kann sich unabhängig von der persönlichen Situation und den individuellen finanziellen Verhältnissen, auf die hochqualifizierte Arbeit von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten verlassen.

Wir wollen eine Politik der öffentlichen Sicherheit, die Gefahren erkennt, verhindert, wirksam bekämpft und gleichzeitig Freiheitsrechte bestmöglich wahrt. Prävention durch Information und Aufklärung ist für uns ein wichtiges Instrument der Gefahrenabwehr. Ziel soll es sein, die Videoüberwachung als präventives Mittel, aber auch zur Aufklärung von Straftaten oder Vandalismus (Tätererkennung, Tathergang) zu nutzen und somit polizeiliche Ermittlungen zu vereinfachen.

Wir bekennen uns zur Arbeit des Präventionsrats und werden diese durch die Unterstützung und Bereitstellung entsprechender Sachmittel im städtischen Haushalt unterstützen.

Wir erteilen dem Populismus extremer rechter, islamistischer und linker Gruppen eine deutliche Absage, pauschale Rufe nach einer Strafverschärfungen oder einer symbolischen Gesetzgebung lehnen wir ab.

Selbstverständlich ist uns auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen wichtig. Dazu gehören eine ständige Präsenz der Polizei in den Wohnquartieren und gut ausgestattete Polizeireviere in allen Ortsteilen.

Wir befürworten den Ausbau der praxiserprobten virtuellen Polizeiwache, in der Strafanzeigen online erstattet werden können. Sie hilft beim Abbau von Berührungängsten und Hemmschwellen, erleichtert den Erstkontakt mit der Polizei und erweitert dabei den Bürgerservice. Wir werden den bisher eingegrenzten Katalog der Delikte, die auf diesem Wege zur Anzeige gebracht werden können, sukzessive erweitern.

Für uns ist es selbstverständlich, dass Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst rund um die Uhr einsatzbereit und bei Notfällen überall im Stadtgebiet schnell vor Ort sind. Die von den Aufsichtsbehörden geforderten Einsatzzeiten müssen immer erreicht werden. Bei der Berufsfeuerwehr, sowie der Polizei, werden wir weiterhin darauf achten, dass auch zukünftig ausreichend Personal eingestellt wird, damit die Aufgaben zuverlässig erfüllt werden, ohne dass es zur persönlichen Überlastung der Einsatzkräfte kommt.

Der Neubau eines Polizeireviers in Geestemünde ist beschlossen und die Planungsmittel sind bereitgestellt. Im Süden Bremerhavens wird in absehbarer Zeit eine moderne, barrierefreie Wache

mit einer optimalen Verkehrsanbindung errichtet. Der neue Standort gewährleistet eine noch bessere Erreichbarkeit für die Bürger*innen.

Bremerhaven ist mit seiner Feuerwehr in vielfältiger Weise als Katastrophenschutzbehörde, Rettungsdienstträger und Träger des Brandschutzes aktiv. Für die vielfältigsten Einsatzlagen, bis zur Großschadenlage und Katastrophe, leistet unsere Stadt mit der Feuerwehr einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit der Bürger*innen. Dies gilt auch für die Daseinsvorsorge im Rettungsdienst, dem Brandschutz und der Hilfeleistung im täglichen Einsatz.

Die Erfahrungen mit zunehmenden Hochwasserlagen, Stürmen, lokalen Starkregen-Ereignissen, großflächigen Stromausfällen, Pandemien, Tierseuchen, der Bedrohung notwendiger Infrastruktur durch Naturgewalten und Terrorismus, möglichen Cyber-Attacken auf lebenswichtige Kommunikationsinfrastrukturen und die IT-Sicherheit sind Herausforderungen, denen sich die Bremerhavener Feuerwehr sowohl konzeptionell als auch personell und finanziell, stellen muss. Wir unterstützen diesen Kurs, weil Sicherheit nicht unter Kostenaspekten in Frage gestellt werden darf.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Feuerwehren in Bremerhaven und dem von der Berufsfeuerwehr verantworteten Rettungsdienst auch zukünftig in enger Zusammenarbeit mit den Hilfsorganisationen den Standard der Hilfeleistung vor dem Hintergrund einer flächendeckenden Versorgung und schnellen Hilfsfrist sicherstellen kann. Die hierfür notwendige Finanzierung werden wir trotz einer angespannten Haushaltslage für diese Pflichtaufgaben sicherstellen. Dabei ist neben der, auf dem Stand der Technik ausgestatteten, Berufsfeuerwehr auch das große ehrenamtliche Engagement, insbesondere in den Freiwilligen Feuerwehren und den Katastrophenschutzeinheiten der Hilfsorganisationen, unverzichtbare Basis und verlässliches Fundament für die Bewältigung von Gefahrensituationen für unsere Bevölkerung.

Die Einsatzkräfte der Berufsfeuerwehr sind speziell und umfangreich ausgebildete Spezialisten. Aufgrund des demografischen Wandels und der spezifischen Anforderungen des Feuerwehrdienstes ist die Bewerbersituation im feuerwehrtechnischen Dienst deutschlandweit äußerst angespannt. Potentielle Bewerberinnen und Bewerber mit der geforderten vorherigen Berufsausbildung haben finanziell wesentlich attraktivere berufliche Perspektiven als eine Ausbildung als Anwärter im feuerwehrtechnischen Dienst.

Wir werden die Karriere- und Entwicklungsmöglichkeiten - insbesondere aber auch die Eingangsbesoldung - vor dem Hintergrund des Bewerbermangels deutlich verbessern. Analog der Bundesländer Hamburg und Nordrhein-Westfalen wollen wir für unsere Nachwuchskräfte höhere Anwärterzuschläge, bis zu 100 Prozent, gewähren, damit wir im Konkurrenzkampf um geeignete Bewerber*innen mithalten können.

Die Planung für eine weitere Feuerwache im Stadtnorden ist ein wichtiges Signal für Unternehmen, die sich in Bremerhaven niederlassen wollen oder hier bereits ansässig sind. Wir werden dafür sorgen, dass eine Umsetzung schnellstens erfolgen kann. Sicherheit wird auch durch schnelle Einsatzzeiten der Rettungskräfte bestimmt. Gewinner der neuen Feuerwache im Stadtnorden sind sowohl die vielen Bürger*innen im Norden unserer Stadt, als auch die hafennahen Unternehmen. Denn Sicherheit ist ein wichtiger Standortfaktor und ein integraler Bestandteil der Daseinsvorsorge, wie wir sie verstehen.

Wir wollen weiterhin einen leistungsfähigen öffentlichen Sektor

Die Leistungsfähigkeit der kommunalen Verwaltung und kommunaler Unternehmen, als Partner für Bevölkerung und Wirtschaft, ist zu stärken. Mit der SPD wird es keine weiteren Privatisierungen öffentlicher Aufgaben geben. Es ist zu prüfen, ob bestimmte privatisierte Bereiche wieder rekommunalisiert werden können.

In Bremerhaven sicher leben

Sicherheit und Ordnung sind unverzichtbarer Bestandteil der Lebensqualität in unserer Gesellschaft. Wir Sozialdemokrat*innen wollen das Sicherheitsgefühl unserer Bürger*innen aber auch unserer Gäste stärken, indem wir z.B. dafür sorgen, dass dunkle Stellen in unserer Stadt zukünftig besser ausgeleuchtet werden. Das beste Rezept für mehr Sicherheit ist vorbeugender Schutz. Eine gute soziale Infrastruktur, die Förderung einer „Kultur des Hinschauens“. Sozialarbeit, Bildung und die Integration von Minderheiten in die Gesellschaft, sind die besten Bedingungen zur Verhinderung von Aggression und Gewaltdelikten.

In diesem Zusammenhang setzen wir uns für mehr städtische „Streetworker“ ein, die den richtigen Zugang zu jugendlichen Problemgruppen finden und dabei sowohl Sozialverhalten und Integration fördern und gleichzeitig präventiv tätig sind.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Bürger- und Ordnungsamt zusammen mit der Polizei prüft, wo in unserer Stadt aus Sicherheitsgründen eine Videoüberwachung notwendig, sinnvoll und effektiv sein kann, um dann mit Blick auf unsere Bürger*innen und dem Datenschutz gemeinsam ein Sicherheitskonzept zu entwickeln. Die SPD spricht sich gegen eine anlasslose Überwachung öffentlicher Räume aus.

Bei Verunreinigungen unserer Straßen und Grünanlagen darf nicht weggeschaut werden; entsprechende Verstöße müssen konsequent geahndet werden.

Der Außendienst des Bürger- und Ordnungsamtes ist für die allgemeine Sicherheit und Ordnung zuständig, z.B. Verunreinigung von Straßen, Überwachung des ruhenden Verkehrs, Geschwindigkeitsüberwachung, darüber hinaus als Ansprechpartner für unsere Bürger*innen. Der Außendienst ist aber auch in der Lage anlassbezogen auf Ereignisse oder besondere Vorkommnisse zu reagieren. Dazu kommt der Aufgabenzuwachs, insbesondere durch die Überprüfung von Wohnanschriften (Sozialleistungsbetrug) und die Überprüfung von Schrottimmobilen. Ziel des Ordnungsdienstes ist es, Ordnungsverstöße zu unterbinden und auf Beschwerden der Bürger*innen adäquat zu reagieren. Dadurch werden das Rechtsempfinden und das Sicherheitsgefühl unserer Bürger*innen gestärkt.

Zum Schutz der Bürger*innen in der Öffentlichkeit wollen wir den kommunalen Ordnungsdienst personell deutlich aufstocken. Bei der Schaffung und insbesondere der Neueinstellung ist aufgrund der Altersstruktur zu berücksichtigen, dass jüngere Menschen eingestellt werden sollten.

Wir wollen unsere Stadtverwaltung noch moderner, leistungsfähiger und bürgerfreundlicher aufstellen

Gute öffentliche Leistungen können nur von einer gut aufgestellten öffentlichen Verwaltung erbracht werden. Wir Sozialdemokrat*innen schätzen die hohe Leistungsbereitschaft und -

fähigkeit der mehr als 5.000 Mitarbeiter*innen unserer Stadt und der vielen weiteren Beschäftigten der städtischen Gesellschaften, die für alle Menschen in unserer Stadt arbeiten.

Für uns ist die Wertschätzung gegenüber dem städtischen Personal selbstverständlich. Dazu gehören für uns angemessene Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Es wird zunehmend schwieriger, qualifiziertes und ausreichendes Personal für die Stadt zu gewinnen. Deshalb fordern wir die Sicherung und Erweiterung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebotes und eine verantwortungsvolle Ausbildungs- und Weiterbildungspolitik. Das ist im Hinblick auf die Fachkräftesicherung, Erhaltung der Innovationsfähigkeit, des Wissenstransfers und die negativen Auswirkungen auf die Erfüllung von Aufsichts- und Kontrollpflichten der Stadt unbedingt nötig. Insbesondere hier bietet die Stadt gute Chancen für junge Menschen. Wir fordern die Erweiterung der Stipendien für Sozialpädagogen*innen, Ingenieure*innen sowie die Erweiterung der Möglichkeiten einer berufsbegleitenden Qualifizierung für städtische Mitarbeiter*innen. Wir unterstützen weiterhin den Ausbau und die Umsetzung der Frauenförderung beim Magistrat der Stadt Bremerhaven mit seinen angeschlossenen Eigen- und Wirtschaftsbetrieben. Die städtischen Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollen weiterhin kontinuierlich ausgebaut, die Förderung der Gesundheit der Mitarbeiter*innen in den Fokus gerückt und eine frauenfördernde Personalpolitik gestärkt werden.

Im Zuge der Herausforderungen des demografischen Wandels und der digitalen Arbeit genügt es nicht, nur darauf zu reagieren. Die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt werden wir aktiv mitgestalten. Dazu werden wir in der Stadtverwaltung die Stelle eines/einer „Demographie-Beauftragten“ einrichten, deren/dessen Aufgabe die Entwicklung eines integrierten Handlungskonzeptes sein wird, das alle städtischen Handlungsfelder bündelt und zielgenaue Maßnahmen plant. Außerdem erwarten wir eine umfassende Konzeption mit entsprechenden Maßnahmen in der Personalentwicklung und der Personalgewinnung der Stadt. In den nächsten zehn Jahren müssen wir in der Magistratsverwaltung mit einer verstärkten altersbedingten Fluktuation rechnen. Wir erwarten, dass für alle Dezernate Aufstellungen für die nächsten zehn Jahre gefertigt werden, in denen transparent dargestellt wird, wie viele Mitarbeiter*innen und speziell Führungskräfte in den jeweiligen Jahren ausscheiden.

Wir setzen uns im Zuge der Digitalisierung dafür ein, dass lange Wartezeiten für Kund*innen der Stadtverwaltung der Vergangenheit angehören. Genauso sollen komplizierte Anträge oder auch langwierige Verwaltungsprozesse einfacher und überschaubarer werden – davon profitieren Bürger*innen und Mitarbeiter*innen gleichermaßen.

Die Bürokratie wollen wir durch kompakte Online-Angebote mit Tipps und Hilfestellungen und mit vereinfachten Antragsverfahren so verschlanken, dass den Bürger*innen zeitaufwendige Behördengänge nach Möglichkeit erspart werden. Gleichzeitig können die dadurch frei gewordenen Kapazitäten in den Ämtern genutzt werden, um die Öffnungszeiten weiter zu flexibilisieren. Die digitalisierte Verwaltung bedeutet außerdem eine papierlose Verwaltung und leistet dadurch auch einen Beitrag für umweltbewusstes Arbeiten in unseren Ämtern.

Wir fordern die konsequente Weiterentwicklung von E-Gouvernement. Damit wird die interne Arbeit der Verwaltung effizienter. Wir legen dabei einen Schwerpunkt auf modernen, digitalen Bürgerservice. Der Breitbandausbau soll intensiv vorangetrieben werden. Die Umsetzung des Digitalisierungsprozesses muss in den nächsten Jahren Vorrang haben. Die im Jahr 2015 begonnene digitale Umstellung der Sitzungsunterlagen für das Stadtparlament soll weiterentwickelt werden.

Die bundesweit als vorbildlich geltenden Rahmenbedingungen und Leistungen zur Vereinbarung von Beruf und Familie werden wir weiter kontinuierlich ausbauen. Hier gilt es zu prüfen inwiefern Mitarbeiter*innen durch flexible Arbeitszeitmodelle und Homeoffice entlastet werden können. Das im Jahr 2018 beschlossene Personalentwicklungskonzept wird weiterentwickelt. Damit werden wir den Folgen des demografischen Wandels begegnen. Wir werden die Verwaltung mit Nachdruck an diese Aufgabe erinnern.

Wir wollen die Überprüfung der städtischen Ämter im Hinblick auf Effizienz und Bürgerfreundlichkeit. Hierzu zählen die Überprüfung von Querschnittsfunktionen, Verwaltungsabläufen und -strukturen sowie mögliche fachliche Zusammenlegungen in verschiedenen Aufgabenbereichen und Ämtern.

Die Amtszeit der Magistratsmitglieder wird zukünftig an die Wahlperiode gebunden.

Wir wollen Bremerhaven als Wissenschaftsstadt weiterentwickeln – Institutsstandorte und wachsende Hochschule

Die Hochschule Bremerhaven genießt mit mehr als 3.000 Studierenden und mehr als 20 angebotenen Bachelor- und Masterstudiengängen in verschiedensten Bereichen sowie zahlreichen Kooperationen mit den ortsansässigen Instituten einen guten Ruf und ist ein wichtiger Bestandteil für die Stadt und deren Entwicklung.

In den vergangenen Jahren ist es mit der Ansiedlung anerkannter wissenschaftlicher Einrichtungen wie dem Fraunhofer Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES), den Thünen-Instituten für Fischereiökologie und Fischereitechnologie und dem DLR-Institut für die Sicherung maritimer Infrastrukturen in Bremerhaven gelungen, den Wissenschaftsbereich deutlich zu stärken. Zusammen mit dem Alfred-Wegener-Institut (AWI), dem Deutschen Schifffahrtsmuseum (DSM), der Hochschule Bremerhaven und weiteren Instituten wie dem Institut für Marine Ressourcen (Imare), dem Bremerhavener Institut für Lebensmitteltechnologie und Bioverfahrenstechnik (BILB) und dem Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL) verfügt unsere Stadt über eine leistungsstarke Infrastruktur im Segment Forschung und Entwicklung (FuE), die wir als Sozialdemokrat*innen weiter ausbauen und vernetzen wollen.

Wir werden bei der Landesregierung einfordern, dass unsere Stadt kein „weißer Fleck“ auf der universitären Landkarte unseres Bundeslandes bleibt. So kann beispielsweise die vorklinische Ausbildung von Medizinstudent*innen auch vom Klinikum Bremerhaven-Reinkenheide und von anderen Krankenhäusern in unserer Stadt mit wahrgenommen werden. In einer vom Bremer Senat geplanten Machbarkeitsstudie muss unsere Stadt mit einem eigenen Campus ausdrücklich als fester Bestandteil der neu zu gründenden medizinischen Fakultät im Land Bremen festgelegt werden.

Ein wichtiger Baustein für die Wissenschaftsentwicklung unserer Stadt ist für uns der Ausbau der Hochschule auf 5.000 Studierende. Dafür wollen wir die Entwicklung neuer geistes-, sozial- und gesundheitswissenschaftlicher Studiengänge unterstützen und die dafür erforderlichen Infrastrukturen verwirklichen. Im Hinblick auf Perspektiven für Frauen ist die Initiative zur Einrichtung eines Fachbereiches für Sozial- und Gesundheitsberufe zu begrüßen. Zudem ist der Ausbau an Studienplätzen vor Ort ein erster Baustein, um dem bundesweiten Fachkräftemangel in Sozialberufen, der sich auch in Bremerhaven zeigt, entgegenzuwirken. Zudem sollen weitere Bemühungen unternommen werden, die Hochschule Bremerhaven noch kinderfreundlicher zu gestalten um mehr Frauenbeteiligung in MINT-Berufen zu fördern. Hierzu bedarf es einer

offensiveren Beratung und Unterstützung für Studierende in Bezug auf bezahlbaren Wohnraum und Kinderbetreuungsmöglichkeiten.

Für uns ist eine funktionierende Wissenschaftsinfrastruktur, verbunden mit effizienten Transferinstrumenten, ein Schlüsselfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt.

Wir wollen den öffentlichen (Schienen-)Personennahverkehr sichern, ausbauen und attraktivieren – Mit günstigeren Tarifen mehr ökologische Mobilität

Für uns Sozialdemokrat*innen ist der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ein unverzichtbarer Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Nur ein leistungsfähiger, bedarfsgerecht getakteter und bezahlbarer ÖPNV gewährleistet die Mobilität aller gesellschaftlichen Gruppen und damit die Teilhabe am öffentlichen Leben. Wir stehen für einen zukunftsweisenden, gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr, der dem demografischen Wandel Rechnung trägt. Dazu bedarf es eines modernen ÖPNV, sowohl technisch als auch konzeptionell. Wir werden deshalb weiterhin in die Modernisierung der Busflotte, die sowohl Elektrobusse als auch Wasserstoffbusse oder Hybridfahrzeuge umfassen soll, investieren. Mit Blick auf die im Wandel begriffenen Linienführungen wollen wir nach der Einrichtung einer neuen Buslinie Fischereihafen Innenstadt über den Hauptbahnhof eine zweijährige Testphase für eine Buslinie Wulsdorf/Surheide/Klinikum Bremerhaven-Reinkenheide einrichten. Die Stadtteile benötigen eine direkte Anbindung an die Einkaufsmöglichkeiten im Stadtsüden und zum Klinikum Bremerhaven Reinkenheide. Teil einer modernen Mobilitätspolitik bedeutet für uns, dass ältere Menschen so lange wie möglich in ihrem gewohnten Umfeld leben können.

Wir werden

- zusätzliche Mittel für den ÖPNV einsetzen, um sozialverträgliche, vergünstigte Fahrpreistarife zu ermöglichen, um die Nutzung des ÖPNV in Bremerhaven für alle Bevölkerungsgruppen noch attraktiver und bezahlbarer zu machen.
- die Einführung eines Kurzstreckentickets erproben, um mehr Flexibilität bei der Mobilität innerhalb der Stadt zu gewährleisten
- das Ein-Euro-Schülertickets (365 Euro p.a.) nach dem Beispiel anderer Städte erproben, sowie das U21-Ticket einführen, um junge Menschen noch stärker an den ÖPNV zu binden.
- den Einsatz von Bussen unterstützen, welche die höchsten Umweltstandards erfüllen
- den Einsatz von Bussen mit alternativen Antrieben unterstützen.
- die intelligenten Beschleunigungssysteme für den ÖPNV weiterentwickeln.
- den Aufbau von Wartehäuschen mit Sitzgelegenheiten an allen Haltestellen forcieren, an denen das Fahrgastaufkommen dieses erfordert.
- die Umrüstung der Beleuchtung der Haltestelle im Liniennetz auf Solar- und LED-Technik forcieren
- Fahrgastinformationssysteme sowohl an den Haltestellen wie auch über mobile Anwendungen zur Verbesserung der Barrierefreiheit weiter zügig ausbauen.

- die Taktverdichtung auf den Hauptlinien zur weiteren Attraktivitätssteigerung des ÖPNV und die Taktverdichtung einzelner Linien in den frühen Abendstunden vorantreiben, um den ÖPNV an die veränderten Geschäftszeiten insbesondere des innerstädtischen Einzelhandels anzupassen und die Tourismusbereiche Havenwelten und Fischereihafen Erreichbarkeit zu erhöhen.
- uns für die Einführung einer neuen Buslinie vom Wulsdorfer Zentrum, über Surheide, zum Klinikum Bremerhaven einsetzen.
- den bestehenden P&R-Platz am Bahnhof Lehe entsprechend den gestiegenen Nutzungsbedarfen vergrößern.

Damit diese Ziele in Zukunft umgesetzt werden können und das Erreichte erhalten bleibt, ist es weiterhin dringend notwendig, dass der direkte kommunale Einfluss auf das städtische Verkehrsunternehmen Bremerhaven-Bus (VGB) erhalten bleibt. Wir stehen an der Seite der Gewerkschaften für soziale Standards in öffentlichen Verkehrsunternehmen und lehnen die im Personenbeförderungsgesetz (PBefG) festgeschriebene Eigenwirtschaftlichkeit als Vorrang vor der Direktvergabe entschieden ab.

Im Rahmen des Schienenpersonennahverkehrs werden wir uns auch weiterhin für eine Anbindung Bremerhavens an den Fernverkehr einsetzen. Wir erwarten, dass ein Fernverkehrszug in ausreichendem Takt Bremerhaven anfährt und dass der Fernverkehrszug auch von Pendler*innen genutzt werden kann. Dafür benötigen wir die Unterstützung durch das Land. Wir sprechen aus uns dafür, weitere Infrastrukturverbesserungen am Bahnhof Lehe und insbesondere den Bau einer barrierefrei zugänglichen WC-Anlage einzufordern bei der Deutschen Bahn. Des Weiteren ist unverzüglich der Verschiebebahnhof Lehe zur Wartung von ICE/IC-Zügen herzurichten, um eine Anbindung unserer Stadt mit dem Bahnhof Lehe und dem Hauptbahnhof an diese Verkehre zu ermöglichen. Ziel ist die Verbesserung der nachhaltigen Mobilität zwischen Bremen und Bremerhaven.

Die Kapazität der Schiene zwischen Bremen und Bremerhaven stößt schon jetzt an seine Grenzen, deshalb ist ein drittes Gleis zwischen Bremen und Bremerhaven dringend erforderlich und sicherte die Zukunft der bremischen Häfen in Bremerhaven. Gleichzeitig würde der Personennahverkehr gestärkt, weil bei Revisionsarbeiten eine Ersatzschiene vorhanden wäre. Dadurch würde der Personennahverkehr endlich verlässlich, denn die jetzigen Verspätungen und Ausfälle sind für den Berufsverkehr und für Reisende, die einen Anschluss in Bremen oder Hannover benötigen, eine Katastrophe.

Wir werden uns in Bremen dafür einsetzen, dass der Hafenzubringer zum Containerhafen Bremerhaven von der Autobahn bis zum Zolltor nach seiner Fertigstellung als BAB-Zubringer durch den Bund eingestuft wird. Die Gebietskörperschaften des Landes Bremen werden sich darüber verständigen, dass die Unterhaltlasten des Hafenzubringers ab Fertigstellung des Tunnels, bis zur Übernahme durch den Bund, nicht alleine bei Bremerhaven verbleiben.

Wir wollen ein vielfältiges Angebot in Kultur, Gesundheit, Umwelt und Freizeit nachhaltig sichern – Bremerhaven als lebens- und lebenswerte Großstadt

Unsere Stadt ist reich, weil sie eine kulturelle Szene hat, die unter Städten ähnlicher Größe ihresgleichen sucht. Unsere Kulturszene ist vielfältig und exklusiv – kreativ, programmatisch und progressiv, intensiv und inklusiv. Sowohl die städtischen Kulturinstitutionen als auch die freie

Kultur, die vom ehrenamtlichen Engagement vieler Bürger*innen lebt, tragen so zur Attraktivität unserer Stadt nach innen und außen bei. Abgerundet wird das bundesweit ausstrahlende Profil Bremerhavens als Stadt der Kultur und der Wissenschaft durch den Kunstverein mit seiner erstklassigen Sammlung zeitgenössischer Avantgardekunst, dem ‚Bremerhaven Stipendium‘, das aufgrund seiner professionellen Auswahl von jungen Nachwuchskünstlern mittlerweile zum begehrtesten und bekanntesten Künstlerstipendium in Deutschland zählt und das Deutsche Schifffahrtsmuseum als Forschungsmuseum in gemeinsamer Trägerschaft des Bundes, des Landes Bremens, der Stadt Bremerhaven und eines ehrenamtlichen Kuratoriums sowie das Klimahaus und das Deutsche Auswandererhaus, das wir zum Forschungsinstitut für Migration ausbauen wollen.

Schutz und Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen sind für uns eine Grundlage der Kulturpolitik mit dem übergreifenden Ziel, die freie Entfaltung von Kunst und Kultur zu gewährleisten und allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang hierzu zu ermöglichen. Diese Vielfalt muss erhalten bleiben. Außerdem muss sie weiter gestärkt und finanziell abgesichert werden. Um die Teilhabe am kulturellen Leben für alle zu fördern, setzen wir uns für den Erhalt der Kulturloge ein.

Ergänzt werden die klassischen kulturellen Angebote und Orte um eine Vielzahl an Naherholungsorten, wie beispielsweise den Bürgerpark, dem Gesundheitspark Speckenbüttel oder Thieles Garten. Diese Orte werden zunehmend auch interdisziplinär bespielt und ermöglichen kulturelles Erleben durch entsprechende Programme, Kunst, Skulpturen oder die Darstellung von Flora und Fauna. Wir wollen diesen Mix erhalten und die positive Entwicklung fortsetzen und besser vermarkten. Um ein Miteinander unterschiedlicher Interessengruppen bei der Nutzung von Freiflächen störungsfrei zu ermöglichen, setzen wir uns auch für separat ausgewiesene Grillplätze ein.

Zu den wichtigen kulturellen Einrichtungen zählen die Museen und Galerien sowie die Theater der Stadt, ihr Fortbestand genießt für uns höchste Priorität. Wir begrüßen, dass sich die in der Stadt angesiedelten Museen modern interpretieren und wandeln und in vielen Fällen das „klassische“ Museum durch Interaktion zu einem neuen Erlebnisraum werden lassen. Wir sind der Auffassung, dass das Historische Museum seine Spielbreite noch intensiver nutzen sollte, um sich dem Trend anderer moderner Museen mit der Folge höherer Besucher*innenzahlen anzuschließen. Wir wollen die Entwicklung neuer Modelle vorantreiben, die eine stärkere Identifikation und Emotionen der Menschen mit der Stadt Bremerhaven hervorrufen und mehr Gelegenheit bieten, das Wissen greifbarer und erlebbarer zu gestalten. Das Dreiergespann ‚Kunsthalle-Kunstmuseum-Bremerhaven Stipendium‘ ist dabei eine markante und einmalige Verbindung zur Präsentation hochkarätiger Gegenwartskunst eingegangen. Bisher wurden diese Bereiche ehrenamtlich getragen und gestaltet - teilweise in Personalunion. Es ist absehbar, dass sich dies auf die Dauer nicht fortführen lässt. Daher fordern wir eine neue Planstelle im Haushalt zu schaffen, die sicherstellt, dass hochqualifizierte Bewerber für diese übergreifende Arbeit gewonnen werden können. Diese Stelle sollte nicht in der Verwaltung angesiedelt sein.

Wir wollen das erfolgreiche Bremerhaven-Stipendium zur Förderung von jungen Künstlern fortsetzen und sprechen uns für die nachhaltige Absicherung der „Lange Nacht der Kultur“ aus.

Wir sind der Auffassung, dass Kultur anhand von Projekten oder Aktionen noch näher an die Menschen gebracht und die Interaktion mit den Menschen stärker forciert werden sollte. Es ist notwendig, die im Jahre 2018 begonnene Diskussion im Rahmen der Zukunftswerkstatt Bremerhaven mit den Bürger*innen offensiv weiterzuführen, um den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt durch Kultur zu stärken, Kreativität und Innovation durch Kultur zu fördern und die

Qualität des öffentlichen Raumes durch Kultur zu verbessern. Wir wünschen uns mehr Familienangebote in den Kultureinrichtungen und weitergehende Öffnungen der kulturellen Einrichtungen und die Vernetzung untereinander. Wir sprechen uns dafür aus, neue Räume zu schaffen, in denen sich junge Menschen und Kultureinrichtungen vernetzen können, die Möglichkeiten für die Einrichtung eines Jugendcafés gewähren um vernetzte Freiräume zur Entwicklung, aber auch für eigene Ideen und Projekte zu schaffen. Kulturelle Nischen von nicht institutionellen Betreibern gehören ausdrücklich beachtet und finanziell gefördert.

Eine der zentralen Herausforderungen der Kulturpolitik ist die kulturelle Bildung. Wo vielen Kindern und Jugendlichen der familiäre Zugang zu den Kultureinrichtungen fehlt, müssen Vermittlungsangebote weiter ausgebaut und verstetigt werden. Um die Wirksamkeit der einzelnen Träger der kulturellen Bildung wie der Jugendmusikschule, der Jugendkunstschule, dem Tanzprojekt TAPST und dem Schauspielprojekt TheaTheo zu erhöhen, streben wir die Gründung eines gemeinsamen Zentrums für kulturelle Bildung an, in das auch freie Angebote für Jugendliche (z.B. Jugendcafé) integriert werden können.

Viele Beispiele in der Stadt, etwa in der „Alten Bürger“ oder im Goethequartier, zeigen, dass Kultur ein Motor von Stadtteilentwicklung sein kann. Hierzu bedarf es einer konstanten Förderung für Projekte der freien Szene, mit der einheimische Künstler*innen unterstützt werden können, um auch in weiteren Stadtteilen ähnliche Impulse zu setzen. Ein besonderes Augenmerk richten wir auf bislang vom Kulturbetrieb eher vernachlässigte Bevölkerungsgruppen. Für Jugendliche haben wir bereits ein besonderes Förderprogramm „Cash for Culture“ aufgelegt. Daneben wollen wir auch in Zukunft auswärtigen Künstler*innen ermöglichen, in Bremerhaven zu arbeiten. Daher unterstützen wir die Kunststipendien von Kunst&Nutzen und des Paul-Ernst-Wilke-Kreises.

Traditionssegler „Seute Deern“ erhalten

Der Erhalt des Traditionsseglers „Seute Deern“ als Museumsschiff im Alten Hafen ist uns wichtig. Der Brand auf dem alten historischen Segler und die damit verbundene öffentliche Solidarität der Menschen, haben die Wichtigkeit einer Sanierung nochmals unterstrichen. Wir sehen die Leitung des DSM in der Pflicht und fordern eine zügige Restaurierung, damit das unwiederbringliche Wahrzeichen der Seestadt auch weiterhin als maritimes Exponat der Museumsflotte für die Nachwelt erhalten bleibt.

Wir bleiben weltoffen und fördern das Miteinander – Migration und Integration erfordern Offenheit bei allen Beteiligten

Wir sind als Hafenstadt historisch geprägt von Immigration und Emigration. Unsere Stadt zeichnet sich dadurch aus, dass Menschen aus vielen verschiedenen Ländern friedlich zusammenleben. Während des großen Zuzugs geflüchteter Menschen im Jahr 2015 haben wir es trotz großer Herausforderungen im Gegensatz zu anderen Städten und Gemeinden im Bundesgebiet geschafft, geflüchtete Menschen überwiegend in kleinen Wohneinheiten unterzubringen und zentrale Flüchtlingsunterkünfte weitestgehend zu vermeiden. Viele der angekommenen Kinder sind mittlerweile in Schulen und Kindergärten untergebracht, viele Erwachsene besuchen Deutschkurse oder haben nach Abschluss des Asylverfahrens schon Arbeit gefunden. Wir haben es gemeinsam geschafft, in Bremerhaven mehr zu tun, als geflüchteten Menschen Brot und Betten zu gewähren. Das war und ist auch dem beeindruckenden Engagement ehrenamtlich und karitativ tätiger Menschen in unserer Stadtgemeinde geschuldet, denen wir Sozialdemokrat*innen sehr dankbar sind.

Ungeachtet dieser Erfolge bleibt für uns noch viel zu tun: Wir müssen uns als Stadtgemeinde nachhaltig mit den Themen Migration und Integration auseinandersetzen. Aufkommenden Eindrücken, der Zuzug geflüchteter Menschen gehe zu Lasten einheimischer Leistungsempfänger und führe zu einer Besserstellung der Ankommenden, müssen wir klar begegnen. Wir schaffen strukturelle Verbesserungen immer mit Blick auf die Gesamtheit der in unserer Stadt lebenden Menschen, ganz gleich, ob diese als Geflüchtete zu uns gekommen sind, innerhalb der europäischen Freizügigkeit bei uns sind, hier geboren oder durch Umzug Bremerhavener*innen geworden sind. Wir stehen für das integrative Motto „einbinden statt ausgrenzen“. Wir setzen auf Integration, die beide Seiten verpflichtet. Um geflüchteten Menschen die Integration zu erleichtern, setzen wir uns für den Abbau von Hürden bei der Anerkennung von ausländischen Abschlüssen ein und wollen das Wahlrecht erweitern: Alle Menschen, die bei uns leben, sollen auf kommunaler Ebene mitwirken dürfen und alle EU-Bürger sollen auch über die Zusammensetzung der Bremischen Bürgerschaft abstimmen dürfen. Nur wenn wir eine Augenhöhe bei den Rechten und Pflichten erreichen, gewinnen wir auch die Chance auf eine gelingende Integration für alle Beteiligten. Wir wünschen uns mehr Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund in Stadtteilgruppen, in Vereinen und Verbänden, in Elternvertretungen der Schulen und auch im Beruf. Wir treten dafür ein, dass der Magistrat bei der Integration mit gutem Beispiel vorangeht: Überall dort, wo es möglich ist, wollen wir beispielsweise im Bereich der Lehrer*innen, Polizist*innen, Erzieher*innen oder Sachbearbeiter*innen – kurz: in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes - den Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund erhöhen. Wichtig ist uns außerdem, Eltern mit Migrationshintergrund zu überzeugen, ihre Kinder möglichst früh in die Kita zu schicken. Denn gerade dort werden durch Sprachförderung und die Zusammenarbeit mit den Eltern die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration geschaffen.

Wir setzen auf Vielfalt – aber ohne rosa Brille und mit klarem Blick auf die realen Probleme. Wir wollen einen breiten Dialog, in dem auch über die Abschottung von Bevölkerungsgruppen, die Rolle der Frau und die oft aus Perspektivlosigkeit entstehende Jugendkriminalität und Gewalt unter jungen Menschen offen diskutiert werden muss und aus dem Handlungsansätze zwingend abzuleiten sind. Dazu gehört auch, bestehende Integrationsprojekte dahin zu überprüfen, ob sie wirklich nachhaltig Wirkung entfalten, damit umgesteuert werden kann, wenn dies nicht der Fall ist.

Wir wollen einen starken Sport – Schul-, Breiten- und Spitzensport ergänzen sich

Bremerhaven bewegt sich: Sport ist ein unverzichtbares Element unserer Stadtgesellschaft. Seine zentrale Bedeutung für das auch gesundheitliche Gemeinwohl und seine unbestreitbare Integrationsfunktion sind für uns Sozialdemokrat*innen integraler Bestandteil einer vielseitigen Stadtgesellschaft.

Die Verzahnung des Schulsports und der Sportangebote der Vereine, um Kindern, Eltern, Lehrer*innen Wege zu einem gesünderen Lebensstil durch Sport aufzuzeigen, ist ein wichtiges Thema der gegenwärtigen und künftigen Sportpolitik.

Das Nordsee-Stadion ist mit der Leichtathletikbahn, den Fußballplätzen, dem Bad 3, den Fitnessräumen und den Gymnastik- und Turnhallen die kompakteste Sportanlage unserer Stadt. Mehr als 250.000 Sportler*innen nutzen die Sportanlage jährlich. Dazu kommen das größte Behindertensportfest im Elbe-Weser-Raum, die Schulsporttage und das Schulsportschwimmen, an dem alle Grundschulen der Stadt Bremerhaven teilnehmen. Die Schwimmer*innen, die rhythmische Sportgymnastik und die Fußballspieler*innen haben überregionale Ausstrahlung und bei Heimspielen nutzen die Gäste teilweise 20 Jahre alte Sanitäreanlagen. Wir setzen uns dafür

ein, dass diese hochfrequentierte Sportanlage umfassend modernisiert wird. Wir werden dafür in den Jahren 2020 bis 2023 Haushaltsmittel der Stadt Bremerhaven bereitstellen und uns, sofern Drittmittel für Sportstättenanierung beantragt werden können, für deren Einwerbung einsetzen. Für die zukünftige Entwicklung des Bremerhavener Sports bildet für uns der vorliegende Sportentwicklungsplan der Stadt Bremerhaven eine gute Grundlage. Gemeinsam mit dem organisierten Sport werden wir die weiteren Umsetzungsschritte aus dem Sportentwicklungsplan angehen.

Insbesondere wollen wir die Sportstätten noch stärker als bisher an den Erfordernissen des demografischen Wandels, der Geschlechtergerechtigkeit und der Barrierefreiheit ausrichten.

Der Breitensport mit seinen vielen Sport und Freizeitvereinen bedarf im Rahmen der städtischen Möglichkeiten besonderer Unterstützung, nicht zuletzt auch wegen des dort geleisteten ehrenamtlichen Engagements. Im Mittelpunkt einer zeitgemäßen Sport- und Vereinsförderung muss daher aus unserer Sicht die Förderung des Ehrenamtes stehen. Die Übungsleiter*innenpauschale werden wir auch künftig sicherstellen.

Wir werden den Laufsport mit den touristischen Sehenswürdigkeiten verbinden. Laufen ist nicht umsonst Volkssport Nummer eins! Er ist sowohl als Einzel- als auch als Gruppensport super geeignet. Hierbei werden wir unter dem Motto "Sightjogging" eine Möglichkeit anbieten, Bremerhaven und seine Sehenswürdigkeiten kennenzulernen. Des Weiteren soll die Einrichtung von farblichen Schildern unterschiedlicher Laufstrecken (5, 10, 15 und 20 km) durch Bremerhaven und umzu führen und die Orientierung erleichtern.

Wir werden trotz schwieriger wirtschaftlicher Zeiten die wichtige gesellschaftliche Aufgabe des Sports und der Sportförderung fest im Blick behalten und die Finanzierung des Bremerhavener Sports nachhaltig zu sichern.

Wir werden uns weiterhin für die Förderung des Spitzensports einsetzen. Spitzensportarten wie Eishockey, Tanz und Basketball sind ein Aushängeschild für unsere Stadt und wirken als Motor für den Tourismus und sorgen für eine stetige Imageverbesserung unserer Stadt und für eine größere überregionale Medienpräsenz.

Bürgerbeteiligung

Wir stehen für eine aktive Mitnahme der Bürger*innen u durch moderne Regelungen der Bürgerbeteiligung. Uns ist die Meinung der Bewohner*innen unserer Stadt wichtig.

Mit dem Programm „Wohnen in Nachbarschaft (WiN)“ haben die Bürger*innen unserer Stadt selbstständig entschieden, welche Projekte in ihren Stadtteilen im Sinne des Gemeinwohls umgesetzt werden sollen. Wir wollen das Programm weiterentwickeln und verstetigen.

Die Regeln für die Durchführung von Bürgerentscheiden wollen wir weiterentwickeln, um die bisherigen Erkenntnisse einfließen zu lassen.

Gesunde Menschen in allen Stadtteilen

Für die SPD ist Gesundheit mehr als körperliche und psychische Unversehrtheit. Ein Mensch muss an der Gesellschaft teilhaben können, er muss sein Leben nach seinen eigenen Wünschen

gestalten und Beziehungen zu anderen Menschen pflegen können. Wo es ihm an eigener Kraft fehlt, muss der Staat alles ihm Mögliche dafür tun, um jeden Menschen in diesem Sinne zu unterstützen.

Als SPD wollen wir dies von der Geburt bis zum Tod eines Menschen sicherstellen. Über die ganze Lebensspanne hinweg ist die Eigenständigkeit eines jeden Menschen von größter Wichtigkeit. Deshalb wollen wir die Stadtteile gesundheitsfördernd gestalten und dabei an bestehende Strukturen anknüpfen. Faktoren wie Lärm, Luft, Verkehr, die gesundheitsbezogene Infrastruktur, Erholungsräume sowie Grünflächen für Bewegung im Freien beeinflussen die Gesundheit der Menschen. Deshalb werden wir Maßnahmen für die Berücksichtigung von Gesundheitsaspekten in allen Politikfeldern des Magistrats entwickeln. Die Quartiere sollen so gestaltet werden, dass sie Gesundheit und Wohlbefinden ermöglichen und fördern.

Stadtteile gesundheitsgerecht gestalten

Mit dem Modellprojekt „Fachkräfte für Prävention und Gesundheitsförderung an Schulen“ haben wir die Gesundheitskompetenz in ausgewählten Stadtteilen gestärkt. Wir wollen den Ausbau dieses Angebots und darüber hinaus die Einrichtung integrierter, niedrigschwelliger Gesundheitsversorgung als Ergänzung niedergelassener Hausärzte und Hausärztinnen weiter fördern. Die Zusammenarbeit der Bereiche Gesundheit, Schule und Jugendhilfe wollen wir insbesondere mit Blick auf spezifische Zielgruppen, wie bspw. traumatisierte Kinder und Jugendliche, intensivieren.

Geschlechtergerechte Gesundheitspolitik

Unter einer ungewollten Schwangerschaft leiden die betroffenen Frauen in viel stärkerem Maße als die betroffenen Männer. Verhütung von ungewollten Schwangerschaften ist aber Sache beider Sexualpartner. Wir werden daher in Bremerhaven weiterhin kostenlose Verhütungsmittel an Personen, die Sozialleistungen beziehen, zur Verfügung stellen. Zudem ist es unabdingbar, die persönliche Entscheidung zum Schwangerschaftsabbruch zu ermöglichen. Hierzu gehört neben dem Recht auf Informationen und Beratung auch die Möglichkeit einen Abbruch wohnortnah vornehmen lassen zu können. Wir werden sicherstellen, dass an der kommunalen Klinik angestellte Mediziner*innen mit der sanften Methode die Möglichkeit dazu haben.

Essstörungen sind ein Krankheitsbild, bei dem Behandlung und Prävention besonders wichtig sind, bei Jungen wie Mädchen, bei Männern wie Frauen. Die zugrundeliegenden Ursachen sind aber oft geschlechtsspezifisch.

Wir setzen uns dafür ein, dass zielgruppenspezifische niedrigschwellige Beratungs- und Präventionsangebote für Mädchen und Frauen ebenso wie für Jungen und Männer entwickelt und umgesetzt werden.

Gesundheitsangebote in der Stadt, die erfolgreich geschlechtssensibel arbeiten, wollen wir verstetigen, ebenso die spezifischen Angebote für psychisch erkrankte Frauen. Selbsthilfegruppen, Vereine und Verbände leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum Erhalt von Gesundheit und bei der Krankheitsbewältigung. Wir setzen uns für die finanzielle Förderung dieser Institutionen durch den Erhalt des Bremerhavener Topfes ein. Zudem ist der Austausch von Multiplikatoren zu frauenspezifischen Themen weiterhin zu stärken. Aus diesem Grund befürworten wir die finanzielle Absicherung des Forums Frauen und Gesundheit.

Wir wissen: Wenn das Leben von Geburt an in guter Begleitung verläuft, stärkt das Kinder und Eltern ab dem ersten Moment.

Da einige Kinder im Vergleich zu anderen aber häufiger Sprachschwierigkeiten haben, ist eine gezielte Prävention bzw. die Früherkennung einer Sprachentwicklungsstörung erforderlich, damit die betroffenen Kinder, die für sie richtigen Maßnahmen in Form von Förderung oder Therapie erhalten. Wir wollen deshalb einen frühzeitigen diagnostischen Ausschluss von möglichen Sprachentwicklungsstörungen für alle Kinder ermöglichen.

Gute Gesundheitspolitik muss am Menschen ausgerichtet sein, nicht an Institutionen

Die Akteure des Gesundheitswesens müssen die Menschen nicht nur ernst nehmen, befähigen und bei Krankheit adäquat behandeln – sondern ihnen auch Kenntnisse und Kompetenzen an die Hand geben, um ihre Gesundheit zu erhalten und zu stärken. Das Gesundheitssystem muss dabei transparent sein und darf mit seinen unterschiedlichen Zuständigkeiten keine Barriere darstellen.

Hospiz und Palliativplätze gehören zum Leben dazu

Wir wissen, dass Bedarf und Angebot nicht immer Hand in Hand gehen. Am Lebensende, besonders nach einer schweren Erkrankung, müssen möglichst vielen Menschen und ihren Familien die nötige Unterstützung und Würde erhalten. Wir werden deshalb die Schaffung von Hospiz- und weiteren Palliativplätzen unterstützen und die Vernetzung unter den Anbietern fördern.

Für eine rationale Suchtpräventionspolitik

Wir werden unsere erfolgreiche Prävention fortsetzen und stärken. In der Suchtpräventionspolitik wissen wir: Es gibt immer wieder neue Herausforderungen. Alkohol, Drogen, Medikamente, aber auch das Internet und auch Computerspiele sind nur ein paar Suchtformen von vielen. Wir werden die erfolgreich arbeitenden Beratungsstellen, aber auch die aufsuchende Sozialarbeit weiter unterstützen und besser ausstatten.

Öffentlichen Gesundheitsdienst stark machen

In Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Herausforderungen ist eine Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes unerlässlich. Wir werden mit Nachdruck daran arbeiten, die offenen Stellen in unserem Gesundheitsamt zu besetzen und wenn nötig, finanzielle Anreize setzen, um qualifiziertes Personal zu gewinnen.

Die Überwachung der Hygiene z.B. in Krankenhäusern und Seniorenheimen ist besonders wichtig, aber auch Impfungen, Zahngesundheit von Kindern und Menschen in Senioren- und Pflegeeinrichtungen, Beratung von Menschen mit sexuell übertragbaren Krankheiten oder Umwelthygiene müssen durch Fachpersonal zuverlässig sichergestellt werden. Wir wollen die Durchimpfungsrate in der Bevölkerung weiter verbessern und gemeinsam mit unserem Gesundheitsamt prüfen, wie sie die Bevölkerung öffentlichkeitswirksam und niedrigschwellig, über Impfungen informieren und diese durchführen können.

Die Präventionsberichterstattung werden wir so aufbauen, dass wir daraus politische Handlungsbedarfe auch innerhalb der Legislaturperiode ableiten können.

Lärm begrenzen

Lärm macht krank. Die Reduzierung des Lärms aus den Hafengebieten, von Schienen- und Straßenverkehr oder Windrädern bleibt daher für uns ein wichtiges Anliegen. Dies gilt insbesondere für die Emissionen des Schienengüterverkehrs, die viele Einwohner*innen Bremerhavens auch in den Nachtstunden belasten. Wir werden deshalb gegenüber dem Bund weiterhin darauf drängen, dass der Bahnlärm durch geeignete Maßnahmen an seiner Quelle reduziert wird. Des Weiteren wirken wir auf den Bund ein, um die Lücken im Lärmschutz an der Autobahn zu schließen.

Dringend notwendig ist zudem die Absenkung der zulässigen Grenzwerte, damit mehr Anwohner an den belasteten Bestandsstrecken einen Rechtsanspruch auf Lärmschutz erhalten. Wir setzen uns beim Senat ein, dafür zu sorgen, dass die derzeitigen Grenzwerte auf die von der Gesundheitsministerkonferenz empfohlenen Werte abgesenkt werden.

Für kommunale Maßnahmen zur Lärmsanierung werden wir weiterhin finanzielle Mittel in angemessener Höhe bereitstellen.

Krankenhäuser stärken

Die Menschen in Bremerhaven brauchen eine Maximalversorgung in den Krankenhäusern. Beiträge der Versicherten müssen wirtschaftlich eingesetzt werden. Eine einseitige Gewinnmaximierung im Gesundheitswesen lehnen wir aber strikt ab.

Die optimale Versorgung der Patientinnen und Patienten und die guten Arbeitsbedingungen der Beschäftigten müssen im Vordergrund stehen und dürfen nicht der Ökonomie untergeordnet werden.

Gemeinsam mit den Gewerkschaften werden wir darauf achten, dass die gültigen Tarife angewandt werden. Unsere Forderungen hinsichtlich der Übernahme der gesamten Tarifsteigerungen durch die Krankenkassen wurden erfüllt und tragen zu einer wichtigen Entlastung der Krankenhäuser bei.

Wir haben gute Kliniken in Bremerhaven in unterschiedlicher Trägerschaft. Alle Krankenhäuser leisten einen wichtigen Beitrag zur qualitativ hochwertigen medizinischen und pflegerischen Versorgung. Die Krankenhäuser sind für alle Bremerhavener Bürger*innen da. Bremerhaven versteht sich hier aber als Oberzentrum mit der Verantwortung auch für die vielen Menschen im Umland.

Wir bekennen uns zu dem kommunalen Klinikum Bremerhaven (Reinkenheide), weil es einen wichtigen Beitrag zur öffentlichen Daseinsvorsorge leistet, vielen Fachkräften gute Arbeitsplätze bietet und für junge Menschen gute Ausbildungsplätze bereitstellt.

Wir wollen, dass der bestehende Sanierungsstau am Klinikum auch weiterhin abgebaut wird. Hier werden wir die Klinik, wie in der Vergangenheit erfolgreich geschehen, weiter unterstützen.

Dabei ist klar: Alle Kliniken müssen ihre medizinischen Leistungen weiter bündeln, um die hohe Qualität zu halten und weiter auszubauen. Dabei ist ein besonderes Augenmerk auf die interne und

externe Kommunikation zu richten, um Irritationen und Verunsicherungen in Belegschaften, bei einweisenden Ärztinnen und Ärzten sowie in der Bevölkerung zu vermeiden.

Verlässliche Versorgung von Risikoschwangeren und Frühchen wird auch in Zukunft sichergestellt

Mit dem Klinikum Reinkenheide haben wir eine hervorragende Geburtsklinik. Das Oberzentrum braucht für die Maximalversorgung, aber unbedingt auch die Frühchenstation (Neonatologie) ein Level2-Zentrum für die kleinsten und schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft.

Als SPD setzen wir uns dafür ein, dass die Versorgungsaufträge für die Kinderklinik, die Geburtsklinik, und auch für die Neonatologie am Standort Klinikum Reinkenheide zusammengeführt werden. Eine Zusammenführung der Versorgungsaufträge an einem Standort, bei einem Träger in Bremerhaven, wäre nachhaltig und würde die Versorgungssituation der Patient*innen erheblich verbessern.

Impressum:

SPD-Unterbezirk Bremerhaven

Vorsitzender: Martin Günthner (V. i. S. d. P.)

Schifferstraße 22, 27568 Bremerhaven

☎ 0471/4 50 82

✉ ub-bremerhaven@spd.de

www.spd-bremerhaven.de

März 2019

© SPD-Unterbezirk Bremerhaven